



Deutsche Umwelthilfe

Jahresbericht 2017

www.duh.de



.....

Die DUH fördert in den politisch sich ändernden Zeiten eine Kultur der demokratischen Teilhabe durch den Austausch von Argumenten. Und wir setzen auf die Rechtstaatlichkeit. Wir wollen, dass die Gesetze für den Schutz von Umwelt und Verbrauchern, von Mensch und Natur umgesetzt werden.

.....



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als Naturfreunde beobachten wir seit vielen Jahren, dass jeden Sommer weniger Bienen, Grashüpfer, Schmetterlinge, Hummeln und all die anderen Insekten fliegen. Wir sehen und hören auch, dass kaum noch Feldlerchen in der Luft stehend über den Wiesen singen. Dass Amsel, Drossel, Fink und Star eben keine große Vogelschar mehr sind. Ohne Insekten haben sie keine Nahrung, um ihre Jungen zu füttern. Insekten halten die Natur am Leben. Sie sichern die biologische Vielfalt im Reich der Pflanzen und der Tiere.

In der Deutschen Umwelthilfe waren wir dennoch schockiert, als im Sommer 2017 die Untersuchungen der Insektenkundler vom Entomologischen Verein Krefeld bekannt wurden. Die Wissenschaftler fanden 80 Prozent weniger Insekten in den Messstationen als vor 28 Jahren. Die ökologische Katastrophe droht schleichend zu geschehen und ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, das zu verhindern. Die Deutsche Umwelthilfe engagiert sich für Bienen, die nicht nur als Stellvertreter für alle Insekten, sondern für das Leben in der Natur schlechthin stehen. Wir streiten daher für eine Landwirtschaft ohne Gift. Wir setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein, die die Natur achtet.

Die Deutsche Umwelthilfe hat 2017 sehr erfolgreich die Aufklärung von Dieselgate und Abgasbetrug vorangetrieben. Die Aufarbeitung des Skandals steht noch aus und wir lassen nicht locker. Wir kämpfen für eine drastische Verringerung von Stickoxiden und anderen Schadstoffen aus den Abgasen von Autos und Industrie. Wir streiten für saubere Luft und für eine Verringerung der CO₂-Emissionen. Wir erinnern die Regierung an die Klimaschutzziele und erarbeiten mit anderen Menschen der Zivilgesellschaft konstruktive Ideen für eine Wirtschaft nach der Kohle. Wir klären über die Zusammenhänge von Verpackungen und dem Sterben der Meerestiere auf. Wir setzen uns dafür ein, dass Parks und Gärten in den Städten entstehen.

In den politisch sich ändernden Zeiten fördern wir eine Kultur der demokratischen Teilhabe und setzen auf die Rechtsstaatlichkeit. Wir wollen, dass die Gesetze für den Schutz von Umwelt und Verbrauchern, von Mensch und Natur umgesetzt werden. Vieles haben wir erreicht, wie Sie auf den folgenden Seiten lesen können. Eine große Wegstrecke liegt noch vor uns. Ich freue mich, wenn Sie die Deutsche Umwelthilfe e.V. auf dem Weg für eine umweltgerechte und naturfreundliche Zukunft unterstützen.

Mit herzlichen Grüßen

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



3 Vorwort

4 Inhalt

6 ■ Mit uns wird die Luft sauberer

Die DUH hat beim Abgasbetrug der Autokonzerne vieles aufgedeckt – nun legt die Deutsche Umwelthilfe ein Sofortprogramm für die Luftreinhaltung vor. Zentral: Alte und neu zugelassene Diesel-Pkw müssen technisch so ausgerüstet sein, dass sie den Euro 6-Grenzwert auf der Straße einhalten.

8 »Wir kämpfen für Saubere Luft in unseren Städten«

Die DUH klagt durch alle Instanzen und Gerichte bestätigen: 2018 muss das Recht auf Saubere Luft in Deutschland durchgesetzt werden. „Wir streiten für Umwelt- und Gesundheitsschutz“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH.

10 ■ Im Garten die Gesellschaft stärken

Menschen vieler Kulturen pflanzen, ernten und kochen gemeinsam und finden so Verständnis und Wertschätzung füreinander. Eine bodenständige Idee, die wir im Wettbewerb Gärten der Integration auszeichnen.

12 »Unsere Antwort auf Populisten lautet mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung«

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, sagt klar: „Wir brauchen eine Verdopplung des Stroms aus erneuerbaren Energien.“

14 ■ Die mit den Bürgerinnen und Bürgern reden

Die DUH geht zu den Menschen im Land, spricht mit ihnen über Erdkabel und elektromagnetische Felder, erklärt Hochspannungs-Gleichstrom und den Netzausbau.

16 »Die Erfolge der Umweltbewegung motivieren mich«

Der Dieselskandal hat das Bewusstsein für die Auswirkungen von Autos auf Gesundheit und Umwelt gestärkt, beobachtet Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH. Sie freut sich, dass mehr Menschen das Auto stehen lassen und wundert sich, dass Politiker der Autoindustrie den Rücken stärken. Sie sagt: „Die Einflussnahme der Industrie auf die Politik untergräbt das demokratische System.“

18 ■ Ohne Kontrollen geht nichts voran

In der ökologischen Marktüberwachung übernimmt die DUH Aufgaben, die Behörden machen sollten. In Baumärkten, Küchenstudios und auf der IAA kontrollieren wir, ob Unternehmen die Verbraucher mit den vorgeschriebenen Labels über die Energieeffizienz informieren. Zu oft machen sie es nicht.



» Zur Erreichung der Klimaschutzziele brauchen wir deutlich weniger Verkehr – bei umfassender Mobilität. Deshalb fordern wir ein Sonderinfrastrukturprogramm für einen „Sauberen ÖPNV“. «

Dorothee Saar, Leiterin
des Bereichs
Verkehr und Luftreinhaltung



Mit uns wird die Luft sauberer

Die DUH hat beim Abgasbetrug der Autokonzerne vieles aufgedeckt – nun legt die Deutsche Umwelthilfe ein Sofortprogramm für die Luftreinhaltung vor. Zentral: Alte und neu zugelassene Diesel-Pkw müssen technisch so ausgerüstet sein, dass sie den Euro 6-Grenzwert für NO_x von 80 mg/km auf der Straße einhalten

Die Deutsche Umwelthilfe hat maßgeblich einen der größten industriepolitischen Skandale der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt. Als Dieselgate geht nun der systematische Betrug der deutschen Autokonzerne an der Gesellschaft und der Umwelt in die Geschichte ein. Jahrelang haben wir die politisch Verantwortlichen in Städten, Ländern und der Bundesregierung darauf hingewiesen, dass die Stickoxid-Werte zu hoch sind. Zehn Jahre lang haben wir die wechselnden Verkehrsminister darauf aufmerksam gemacht, dass der Spritverbrauch und die Abgaswerte der Autos auf der Straße nicht mit den offiziellen Angaben in den Fahrzeugpapieren und den festgelegten Grenzwerten übereinstimmen.

Passiert ist nichts. Die Koalitionen in der Bundesregierung wechselten, die Kanzlerin blieb

dieselbe, das Handlungsmuster ebenfalls. Die DUH hat vor mehreren Landes- und Oberlandesgerichten gegen die Verletzung der Luftreinhaltung in Städten geklagt – und Recht bekommen. Städte wie Stuttgart und München müssen demnach ihre Luftreinhaltepolitik drastisch verbessern, damit sie geltendes Recht einhalten. Dazu gehören auch Fahrverbote für Diesel-Autos. Die von Bundesregierung und Autoindustrie ausgehandelten Software-Updates für einen Teil der Diesel-Pkw Euro 5 und 6 reichen nicht aus, um die Stickoxid-Belastung nennenswert zu senken.

Die Software-Lösung ist eine Mogelpackung: Besitzer von Dieselaautos haben weiterhin ein Fahrzeug, dass nicht die Grenzwerte einhält. Und alle Menschen müssen weiterhin hoch belastete Luft einatmen.



Beim Dieselpipfel im August 2017 in Berlin demonstriert die DUH für Saubere Luft. Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch war der gefragteste Interviewpartner der Journalisten vor dem Bundesverkehrsministerium

Die DUH erfährt sehr viel Unterstützung im Kampf für Saubere Luft, auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern der extrem belasteten Städte. Sie sorgen sich um ihre Gesundheit und um die Belastungen für Umwelt, Klima und Natur. Ihr Zuspruch bestärkt uns. Scharfer Gegenwind kommt von anderer Seite: Die DUH und Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch werden von der Autoindustrie und industrienahen Medien scharf angegriffen. Von „Reschs One-Man-Show“ ist dann die Rede, von seinem „Feldzug“ und von vermeintlichen Finanzierungen aus der Industrie (Lesen Sie dazu das Interview mit Jürgen Resch auf den folgenden Seiten). Die Angriffe wundern uns nicht, schließlich geht es um Milliardengewinne der Autoindustrie. Die Hersteller manipulieren die Abgasreinigung von Dieselaautos und vermeiden so Kosten für wirksame Systeme.

Dank unserer Klagen vor mehreren Gerichten, müssen die Städte nun die Luftreinhaltung verbessern. Die Städte und Gemeinden müssen den Schaden beheben, für den die Bundesregierung verantwortlich ist. Die politisch Verantwortlichen in Berlin machten trotz der Gerichtsurteile im Sinne des Gesundheitsschutzes nichts für die Luftqualität. Sie unternahmen schon gar nichts gegen die illegalen Praktiken der Autokonzerne. Billigend nahm die Bundesregierung

noch 2017 hin, dass mehr und mehr Menschen erkranken und wegen der Stickstoffdioxid-Belastung aus den Dieselmotoren vorzeitig sterben. Die Europäische Umweltagentur meldete im Oktober einen erneuten Anstieg der vorzeitigen Todesfälle durch das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO_2) in Deutschland. Mit 12.860 vorzeitigen Todesfällen rechnet die Umweltagentur 2017, das entspricht einer Steigerung von rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die DUH erfährt sehr viel Unterstützung im Kampf für Saubere Luft, auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern der extrem belasteten Städte.

Schadstoffe machen nicht an den Landesgrenzen halt und die Luftschadstoffe sind auch in anderen europäischen Ländern ein großes Problem. Wir arbeiten deshalb mit Umweltschutzorganisationen in verschiedenen europäischen Ländern zusammen. Wir unterstützen sie dabei, sich an der Entwicklung von Luftreinhalteplänen zu beteiligen und ihr Recht auf Saubere Luft einzufordern und notfalls einzuklagen. Unterstützt werden wir in diesem Projekt zur Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft von der Europäischen Union. Im Rahmen des EU LIFE-Programms führen wir das Projekt „Right to Clean Air“ und bauen ein Netzwerk aus Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und Anwälten in den EU-Staaten auf.

Die DUH hat den Abgasskandal mit aufgedeckt, nun ist die Deutsche Umwelthilfe auch Teil der Lösung des Problems. Wir haben ein umweltpolitisches Sofortprogramm aufgestellt, das unmittelbar zu einer Verbesserung der Luftsituation führen wird. „Bei unseren Messungen im Emissions-Kontroll-Institut stellen wir fest, dass noch immer Fahrzeuge mit zu hohen Werten auf den Markt kommen“, sagt Dorothee Saar, die den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung leitet. Deshalb muss sichergestellt werden, dass nur noch Diesel-Neufahrzeuge zugelassen werden, die den Euro 6-Grenzwert für NO_x von 80 mg/km auf der Straße einhalten.

Doch auch die auf der Straße fahrenden Diesel-Autos müssen so ausgerüstet sein, dass sie die Grenzwerte für NO_x einhalten. Deswegen fordert die DUH:

1. Verpflichtender Rückruf sämtlicher Euro 5 + 6-Dieselfahrzeuge zur Hardware-Nachrüstung mit Harnstoffbetriebener SCR Abgasreinigungsanlage. Sicherstellung der Einhaltung des Euro 6-Grenzwerts für NO_x von 80 mg/km auf der Straße (RDE) bis -15 Grad Celsius.
2. Nachrüstprogramm für alle Euro 5/V + 6/VI leichte Nutzfahrzeuge auf aktuelle Euro 6/VI SCR-Technologie.

» Bei unseren Messungen im Emissions-Kontroll-Institut stellen wir fest, dass noch immer Fahrzeuge mit zu hohen Werten auf den Markt kommen. «

Dorothee Saar



»Wir kämpfen für Saubere Luft in unseren Städten«

Die DUH klagt durch alle Instanzen und Gerichte bestätigen: 2018 muss das Recht auf Saubere Luft in Deutschland durchgesetzt werden.

„Wir streiten für Umwelt- und Gesundheitsschutz“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH

Herr Resch, die DUH hat 2017 die Politiker getrieben, sich mit der Luftverschmutzung aus Dieselfahrzeugen in Städten zu beschäftigen. Die Bundesregierung hat schließlich zu einem Diesel-Gipfel nach Berlin eingeladen. War das ein Erfolg?

Jürgen Resch: Positiv war, dass Diesel und die damit verbundenen Gesundheitsgefahren aus Stickoxiden in den Dieselabgasen endlich politisch und damit medial ganz oben standen. Positiv war zudem, dass eine Milliarde Euro als Sofortmaßnahme gegen die Luftverschmutzung bereitgestellt wurde. An die Verursacher der giftigen Luft in den Städten wagte sich die Bundesregierung aber nicht heran: Auf Druck der Autoindustrie wurden weder eine Blaue Plakette noch wirksame technische Nachrüstungen der Dieselfahrzeuge beschlossen. Weitgehend unwirksame Softwareupdates machen weder die vom Dieselabgasbetrug betroffenen Fahrzeuge sauber noch verhindern sie Fahrverbote.

In drei Gerichtsentscheidungen hat die DUH erstritten, dass Diesel-Fahrverbote als Maßnahme für Saubere Luft rechtlich möglich und notwendig sind.

Ja, die Gerichte bis zum Europäischen Gerichtshof geben uns ausnahmslos Recht. Die Verwaltungsgerichte Düsseldorf und Stuttgart sowie der Verwaltungsgerichtshof München haben unsere Forderung bestätigt, dass spätestens 2018 die Saubere Luft in unseren Städten wiederhergestellt werden muss und Diesel-Fahrverbote hierzu unumgänglich sind.

Wie viele Klagen für Saubere Luft hat die DUH angestrengt?

Wir klagen auf Saubere Luft in neun Ländern und 19 Städten. Bislang haben wir alle Verfahren gewonnen.

Warum fahren Sie diese Kampagne gegen den Diesel?

Wir kämpfen nicht gegen den Diesel sondern für Saubere Luft in unseren Städten. Solange die Automobilindustrie Diesel-Pkw verkauft, die auf der Straße um ein mehrfaches schmutziger sind als im Labor, diskreditiert sie den Diesel und ist für die kommenden Diesel-Fahrverbote verantwortlich.

Und wieso stehen Diesel im Mittelpunkt?

In den stark belasteten Innenstädten stammt circa 75 Prozent der NO₂-Belastung aus Diesel-Motoren. Nur mit dem konsequenten Aussperren schmutziger Diesel wird es gelingen, wieder gesunde, lebenswerte Innenstädte zu bekommen. Zwischen Oktober und März schalten die meisten Diesel-Pkw ihre ordnungsgemäße Abgasreinigung ab. Viele Euro 6 Diesel halten dann nicht mal die Abgasgrenzwerte von Euro 1 aus dem Jahr 1993 ein. In Deutschland sterben jährlich 12.860 Menschen vorzeitig durch das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid. Das sind viermal mehr als durch Verkehrsunfälle sterben.

Was unternimmt die Bundesregierung?

Die Bundesregierung lässt wie die Landesregierungen und die Kommunen die Menschen im Dieselabgasdunst allein. Von der DUH seit 2007 erwirkte Gerichtsentscheidungen werden genauso ignoriert wie ein 2015 eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland. Wir erleben, wie die Autokonzerne durchregieren und die Autokanzlerin Angela Merkel durch die Chefs von Daimler, BMW und VW ferngesteuert wird. Die Diesel-Konzerne haben neun Millionen betrügerische Fahrzeuge verkauft und werden weder mit einer Strafe belegt noch zwingt man sie, die Abgasreinigung so nachzubessern, dass die Grenzwerte auf der Straße eingehalten werden. VW und Daimler haben eingestanden, seit 20 Jahren ein Kartell gebildet zu haben um Abgasvorschriften zu unterlaufen. Und was macht die Bundesregierung? Sie schweigt zum größten Industrieskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Diesel-Abgasbetrug offenbart das organisierte Staatsversagen.

Und offenbart, dass es um ein Milliardengeschäft geht, an dem sehr viele sehr gut verdienen. Versucht die Industrie, Sie mundtot zu machen?

Seit Beginn unserer Abgasmessungen und Aufdeckung, dass offensichtlich alle Diesel-Konzerne bei den Abgasen betrügen, versucht uns die Industrie mit Klageandrohungen einzuschüchtern und unsere Aufklärungsarbeit zu behindern. Daimler und VW erwirkten sogar vor Gericht „Einstweilige Verfügungen“, die bei Androhung von 250.000

Euro Strafe, ersatzweise sechs Monate Haft verboten, wesentliche Fakten oder rechtliche Bewertungen zu veröffentlichen. Alle diese Verfügungen wurden über Gerichtsentscheidungen als rechtswidrig aufgehoben. Bemerkenswert ist die zunehmende persönliche Bedrohung: Volkswagen beantragte gegen mich persönlich die Verhängung einer Ordnungshaft von bis zu zwei Jahren, sollte ich Aussagen wiederholen wie: Die weitgehend unwirksamen VW-Software Updates verstoßen gegen EU-Recht.

Das hört sich bedrohlich an.

Die Autokonzerne belassen es ja nicht dabei, uns über juristische Winkelzüge mundtot zu machen. Es wird massiv versucht, uns öffentlich zu diskreditieren. Man schreckt nicht einmal davor zurück, unsere Spender und Förderer bei Unternehmen direkt aufzufordern, uns nicht weiter zu unterstützen. Um unsere Arbeit erfolgreich weiterzuführen und die rund 100 Arbeitsplätze bei der DUH zu erhalten, hoffen wir sehr darauf, dass der Zuspruch privater Spender und neuer Fördermitglieder anhält. Die Unterstützung, die wir von tausenden privaten Spendern für unsere Aufdeckung von Dieselgate für „Saubere Luft in unseren Städten“ erhalten, stärkt uns den Rücken.

Googelt man DUH, kommt gleich nach dem Zusammenhang mit Diesel das Wort Abmahnverein.

Wir überwachen als klageberechtigte Verbraucherschutzorganisation seit 2004 stichprobenhaft die Einhaltung von umweltbezogenen Verbraucherschutzvorschriften durch Handel und Industrie. Das machen wir, weil die zuständigen Behörden die Kontrollen verweigern. In über 1.000 Gerichtsverfahren widersprachen die Gerichte dem immer wieder neu begründeten Vorwurf, wir seien ein Abmahnverein.

Was unterscheidet die DUH von einem Abmahnverein?

Wir sind vom Bundesamt für Justiz in der Liste der klageberechtigten Verbände gelistet und werden regelmäßig geprüft, übrigens in den vergangenen zwölf Jahren ohne jegliche Kritik der Behörde.

Die DUH prüft, kontrolliert und nimmt Aufgaben wie eine staatliche Stelle wahr.

Korrekt wäre: „...die eine staatliche Stelle wahrnehmen müsste.“ Der Staat kommt seinen Pflichten aus den europäischen Klima- und Verbraucherschutzgesetzen nicht nach. Weder kontrolliert er die Einhaltung dieser Gesetze, noch sanktioniert er Verstöße. Das völlige Fehlen einer staatlichen Kontrolle schafft Fehlanreize: wer am dreitesten die Verbraucher im Umweltbereich belügt, erzielt die höchsten Gewinne. Mit unserer ökologischen Marktüberwachung schließen wir als Umwelt- und Verbraucherschutzverband diesen rechtsfreien Raum.

Ist die DUH in der ökologischen Marktüberwachung nur im Autosektor aktiv?

Wir setzen Verbraucherrechte bei circa 20 Produktgruppen durch. Wir haben erreicht, dass Angaben zur Energieeffizienz von Waschmaschinen, Fernsehgeräten, Trocknern oder Lampen nahezu korrekt

erfolgen. Als wir begannen, war es nur ein Bruchteil der Geräte. Wir haben durch Messungen des Quecksilbergehalts von Energiesparlampen oder den realen Abgasemissionen von Motoren in Freischneidern oder Sägen unmittelbare Gesundheitsgefahren für den Nutzer aufgedeckt und mithilfe von Gerichtsentscheidungen weitgehend abgestellt. Und wir kontrollieren selbstverständlich auch im Automobilsektor die Werbung auf falsche Aussagen zu angeblich sauberen Dieselemissionen oder niedrigen Spritverbräuchen.

Verdient die DUH daran?

Nein, das sehen Sie auch an unserem Finanzbericht. Mit den Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung finanzieren wir deren Kosten sowie die begleitende Verbraucherberatung.

Wie finanziert sich denn die DUH?

Wir erhalten Projektgelder aus dem EU Life Programm der EU oder für Umwelt- und Naturschutzprojekte vom BfN oder aus dem Nationalen Klimaschutzplan. Neben vielen privaten Unterstützern haben wir Förderer in der Wirtschaft, deren Zusammensetzung sich in den vergangenen Jahren weiter in Richtung kleinerer, mittelständisch geprägter Unternehmen entwickelt hat. Aber wir sind auch stolz darauf, dass uns viele Unternehmen wie Kyocera bei Naturschutzprojekten wie der Lebendigen Elbe seit mehr als 30 Jahren unterstützen.

Welche Bedeutung haben Spenden aus der Wirtschaft?

Nahezu alle Unternehmensförderer zählen zu den „grünen“ Unternehmen, so wie die mehrwegorientierten Brauereien, Mineralbrunnen und Fruchtsaftabfüller. Eine neue Gruppe sind Ärzte, die unsere Arbeit gegen Luftschadstoffe schätzen und uns mit großzügigen Spenden unterstützen.

Was ist mit den Spenden von Toyota?

Seit 19 Jahren unterstützt uns der japanische Autobauer mit circa 50.000 Euro pro Jahr bei Projekten wie der Dienstwagenumfrage und Umwelttaxis. Das ändert aber nichts an unserer Unabhängigkeit. Im Frühjahr 2016 haben wir bei einem Toyota Diesel 5-fach überhöhte Abgaswerte gemessen und als illegal bezeichnet. Zudem haben wir bisher in 47 Gerichtsverfahren gegen Toyota Deutschland bzw. deren Händler für die korrekte Energieverbrauchskennzeichnung gestritten.

Die DUH und die internationale Organisation ICCT haben nachgewiesen, dass Autohersteller falsche Angaben für den Spritverbrauch und damit den CO₂-Ausstoß machen. Kommt nach Dieselgate nun Spritgate?

Die Abweichungen zwischen offiziellen Herstellerangaben und Realverbrauch liegen bei 42 Prozent! Mit den gefälschten Verbrauchsangaben schädigen die Autohersteller ihre Kunden, die Umwelt und den Staat. Durch den nach unten gedrosselten Spritverbrauch im Verkaufsprospekt sinkt die Kfz-Steuer, denn das Kraftfahrt-Bundesamt übernimmt ungeprüft die Angaben der Autobauer. Der Staat lässt also auch hier zu, dass die Konzerne betrügen. Das wird eines der Schwerpunktthemen des Jahres 2018.



» Viele Kinder wissen heute nicht mehr was ein Wald ist, weil sie ihren Stadtteil kaum verlassen. Die einzige Möglichkeit, diese Kinder mit Natur in Berührung zu bringen, ist es Naturräume vor ihrer Haustüre zu schaffen – für die persönliche und soziale Entwicklung der Kinder sind die von unschätzbarem Wert.“ «

Robert Spreter, Leiter
Kommunaler Umweltschutz



Im Garten die Gesellschaft stärken

Menschen vieler Kulturen pflanzen, ernten und kochen gemeinsam und finden so Verständnis und Wertschätzung füreinander. Eine bodenständige Idee, die uns begeistert und die wir im Wettbewerb „Gärten der Integration“ auszeichnen. Wir stärken seit vielen Jahren die Natur in der Stadt und die Teilhabe der Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Denn in grünen Städten leben Mensch und Tier am liebsten

Im Boden graben, Tomaten, Bohnen, Kartoffeln pflanzen. Gießen, jäten, ernten. Gartenarbeit erdet. Sie verbindet Menschen aller Kulturen, denn überall auf der Welt lebt der Mensch von den Früchten der Landwirtschaft. Und wer zusammen einen Garten bestellt, die Früchte gemeinsam erntet, zusammen kocht und isst, findet auch außerhalb des Gartens zueinander. Eine bodenständige Idee, die uns so begeistert, dass wir „Gärten der Integration“ ausgezeichnet und mit einem Preisgeld gestärkt haben.

In den Gärten kommen Einheimische und Geflüchtete zusammen. Um sie bekannter zu machen und möglichst viele Nachahmer für die Gärten der Integration zu motivieren, hat die DUH mit Partnern aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen

und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt 2017 einen Wettbewerb der „Gärten der Integration“ ausgerufen.

Umweltschutz, Naturerfahrung und Integration verbinden

Als 2015 hunderttausende Menschen in Deutschland eine Zuflucht suchten, war uns schnell klar, dass die DUH sich an der Integration beteiligt. Eine derart große gesellschaftliche Aufgabe gelingt, wenn wir das machen, was wir am besten können. Natürlich wollte die DUH ihre Expertise in Umwelt- und Naturschutz mit der Integration verbinden. Natur heilt die Seele, weiß DUH-Teamleiterin Silke Wissel aus

langjähriger Erfahrung mit Projekten von Naturräumen in der Stadt. Schon oft hatte sie beobachtet, dass Kinder aufmerksamer und gelassener sind, wenn sie zwischen Bäumen und Sträuchern in der Stadt spielen. Wissenschaftler haben das Phänomen untersucht und kommen wie Professor Ulrich Gebhardt von der Universität Hamburg zu dem Schluss: Kinder brauchen Natur für eine gesunde Entwicklung. Die DUH hat daher mit der Stiftung „Lebendige Stadt“ drei Schulen dabei unterstützt, ihre ehemals eintönigen und grauen Schulhöfe zu natürlichen Grünflächen umzubauen. Sträucher, Gräser, Bäume, Wasser machen die Pausen erholsamer und anregender. Gleichzeitig finden zahlreiche Insekten und Vögel dort einen Lebensraum.

» Als 2015 hunderttausende Menschen in Deutschland eine Zuflucht suchten, war uns schnell klar, dass die DUH sich mit ihrer Expertise in Umwelt- und Naturschutz an der Integration beteiligt. «

Immer wieder hat Silke Wissel bei ihren Projekten in ganz Deutschland auch Menschen aus unterschiedlichen Kulturen kennengelernt, die gemeinsam in einem Garten arbeiten. Besonders fasziniert sie dabei, wie sich Anbaumethoden verändern, wenn zum Beispiel geflüchtete Menschen aus Syrien oder Afghanistan die gegenseitige Beschattung von Gemüsesorten ausnutzen, um die Verdunstung zu mindern und Gießwasser zu sparen, während sie von den einheimischen Gärtnern die Nutzung von Kompost lernen. Im Wettbewerb Gärten der Integration berichten viele Teilnehmer immer wieder von solchen gegenseitigen Befruchtungen.

Die ausgezeichneten Gärten der Integration stellen wir auf der DUH-Webseite vor und nutzen unsere hohe mediale Aufmerksamkeit für die Verbreitung der Projekte. Der Erfolg unserer öffentlichen Kommunikation überrascht uns manchmal selbst. Eine ältere Dame hat ein Jahr lang von ihrem Fenster im fünften Stock die Gärtnerinnen und Gärtner aus aller Welt im Gemeinschaftsgarten Bunte Beete beobachtet. Am Tag der Auszeichnung, als Fernsehen und Journalisten zwischen Kürbis und Kohlrabi stapften, traute sie sich herunter. Und brachte eine Thermoskanne Kaffee mit.

Im Grünen kommen die Menschen zusammen. Parks in der Stadt stärken das soziale Miteinander und sie fördern die Gesundheit der Stadtbewohner. Denn Natur macht gesund, wie zahlreiche Studien zeigen. Bäume, Sträucher, Gräser beruhigen den Geist und wirken sich zum Beispiel positiv auf die Herz-

Kreislauf-Funktionen aus. Und die Natur erfreut die Menschen.

Alles gute Gründe, um die Natur in die Stadt zu holen. Die DUH unterstützt seit vielen Jahren Kommunen darin, die Grünflächen in der Gemeinde auszubauen. Auch Pflanzen und Tiere leben in einem natürlichen Umfeld auf. Städte sind mittlerweile eine Zuflucht für viele Vogel- und Insektenarten, da die intensive Landwirtschaft ihre Lebensräume zerstört. Die biologische Vielfalt ist daher in manchen Städten höher, als in der Landschaft drumherum.

Besonders am Herzen liegt uns die Umweltgerechtigkeit – also der Zugang von Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen zu natürlichen Flächen. Wir haben daher Kommunen unterstützt, die in sozial benachteiligten Stadtteilen die Lebensqualität der Menschen mit Grünflächen verbessern. Finanziert durch Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium, haben wir 20 vorbildliche Quartiere in Deutschland gefunden und bei der Naturschaffung in meist grauen Wohngebieten begleitet.

Ganz entscheidend für den Erfolg der grün-sozialen Stadt ist die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen und sollen mitmachen und selbst entscheiden, ob sie einen Gemeinschaftsgarten hinter dem Hochhaus anpflanzen oder einen naturnahen Spielplatz brauchen. Die Partizipation entscheidet mit darüber, ob der neue Naturraum auf der alten Brache, dem früheren Parkplatz oder neben der stillgelegten Zeche allen gefällt. Und dann alle von der natürlichen Umwelt profitieren.

„Viele Kinder wissen heute nicht mehr was ein Wald ist, weil sie ihren Stadtteil kaum verlassen. Die einzige Möglichkeit, diese Kinder mit Natur in Berührung zu bringen, ist es Naturräume vor ihrer Haustüre zu schaffen. In der Natur gibt es für Kinder unendlich viel zu entdecken und zu gestalten und sie können dabei Grenzen erfahren. Für Kinder erreichbare Naturräume sind daher für die persönliche und soziale Entwicklung der Kinder von unschätzbarem Wert“, sagt Robert Spreter, der den DUH-Bereich Kommunalen Umweltschutz leitet.

Beflügelt von den tollen Projekten für die grün-soziale Stadt in ganz Deutschland, haben Robert Spreter und Silke Wissel einen Forderungskatalog der Deutschen Umwelthilfe an Bund, Länder und Kommunen aufgestellt. Grünflächen schaffen und schützen, statt Stadtteile ausbauen und verdichten. Baurecht reformieren und die Möglichkeiten der Städtebauförderung ausschöpfen. Stadtnatur mit sozialer und gesundheitlicher Wohlfahrtswirkung schaffen. Und: Die Anwohnerinnen und Anwohner mitreden und planen lassen. Die 20 Projekte stellen wir in der Broschüre „Grün. Sozial. Wertvoll“ vor, die Sie auf unserer Webseite unter www.duh.de/gruensozial finden.



» Besonders am Herzen liegt uns die Umweltgerechtigkeit – dazu gehört auch der Zugang von Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen zu Natur in der Stadt. «

Silke Wissel,
Teamleiterin Stadtnatur



»Unsere Antwort auf Populisten lautet mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung«

„Menschen müssen teilhaben an den großen Veränderungen, die die Energiewende erfordert“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. Entlang der geplanten Stromtrassen redet die DUH mit Bürgern, in der Lausitz begleitet die DUH den Strukturwandel nach der Braunkohle. Denn klar ist: „Wir brauchen eine Verdopplung des Stroms aus erneuerbaren Energien.“

Herr Müller-Kraenner, der Klimawandel oder der Ausbau der Stromnetze sind schwer vermittelbar und man kann den Eindruck gewinnen, dass der Wandel manche Menschen überfordert. Sorgt Sie diese Entwicklung?

Sascha Müller-Kraenner: Ja, wir sorgen uns. Als politischer Umweltverband sind wir zum ersten Mal mit einer klima- und wissenschaftsskeptischen Bewegung konfrontiert, die auch im Bundestag sitzt. Der auch von rechten Populisten instrumentalisierte Protest gegen die Windkraft zeigt, dass vielen Menschen die Veränderungen in der Gesellschaft und in der Landschaft zu schnell gehen.

Wie geht die DUH damit um?

Die Antwort darauf kann mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung und Dialog sein. Wir brauchen andere Formen der Teilhabe jenseits der stark verrechtlichten Planungsverfahren. Also eine Beteiligung im Vorfeld – oder anders gesagt „eine Politik des Gehörtwerdens“. Das machen wir mit dem Bürgerdialog Stromnetz ganz offensiv. Wir erklären den Leuten entlang der geplanten Stromtrassen, was passiert. Und wir vermitteln den Menschen, dass ihr Wissen über die Region, Geschichte oder Natur in die Entscheidungen einfließt.

Die Bundestagswahl hat ein Misstrauen gegen die Etablierten offenbart. Wie begegnet die DUH als zivilgesellschaftliche Organisation dieser Entwicklung?

Man muss dem Eindruck entgegenreten, dass wir in einer Expertokratie leben und nur in Berlin Leute darüber entscheiden, was im Land geschieht. Wir sind als zivilgesellschaftliche Organisation auch Akteur des politischen Entscheidungsprozesses. Da haben wir eben auch die Aufgabe, uns Gedanken darüber zu machen, wie moderne Demokratie funktioniert.

Die DUH klagt als Umwelt- und Verbraucherschutzverband gegen Kohlekraftwerke. Damit treiben Sie den Wandel voran, den Sie mit Gesprächen mildern wollen.

Diese Klageverfahren sind wichtig. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen hessische Gerichte überprüfen, ob die Quecksilbereinträge des Kraftwerkes Staudinger in den Main den Gewässerzustand gefährden. Ferner prüfen wir zurzeit ein Klageverfahren gegen die wasserrechtliche Erlaubnis für den Tagebau Jänschwalde in der Lausitz. Er versorgt das Kraftwerk Jänschwalde mit Braunkohle, eins der größten CO₂-Emittenten in Europa. Gleichzeitig reden wir mit örtlichen Wirtschaftsakteuren, mit Industrie- und Handelskammer, den kommunalen Vertretern und Gewerkschaften. Wir wollen erreichen, dass der Strukturwandel nicht abrupt erfolgt, sondern wir ihn mit den Menschen gestalten und die Region ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell erhält.

Und wie sieht das aus?

Das wissen wir noch nicht. Ich sitze in Berlin am Schreibtisch und kann nicht sagen, wie die Bewohner der Lausitz sich ihr Leben vorstellen. Die größte Sorge der Kommunalvertreter ist nicht, dass der Braunkohletagebau zu Ende geht. Ihre größte Sorge ist, dass die jungen Menschen wegziehen und es keine Schulen, Geschäfte und kein soziales Gemeinwesen mehr gibt. Davor haben die Leute Angst.

Was muss die Bundesregierung unternehmen, um in die Nähe der Ziele zu kommen?

Deutschland erreicht sein selbstgestecktes Ziel von 40 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020 gemessen an 1990 nicht. Momentan liegen wir bei unter 30 Prozent. Das Land braucht ein klimapolitisches Sofortprogramm.

Was sollte da drin stehen?

Zentral sind der Ausstieg aus den schmutzigsten Braunkohlekraftwerken und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien. Und die Energiewende muss endlich über den Stromsektor hinaus in den Wärmesektor und in den Verkehrsbereich hinein wirken.

Die DUH spricht in dem Zusammenhang von Sektorenkopplung. Ein sperriges Wort. Was meinen Sie damit?

Wir haben die Sektorenkopplung als erster Umweltschutzverband auf die Tagesordnung gesetzt und untersuchen, wie die Erneuerbaren in den Wärme- und in den Verkehrssektor integriert werden können. Wärme wird in Deutschland noch aus Kohle und Gas erzeugt, der Verkehrssektor basiert auf Erdöl, von der Bahn mal abgesehen. Wir wollen diese Sektoren für den Klimaschutz in die erneuerbaren Energien einbringen. Also, dass die erneuerbaren Energien dazu beitragen, zu heizen und die Verkehrsmittel anzutreiben.

Wo soll der Strom herkommen?

Wir brauchen eine Verdopplung des Stroms aus erneuerbaren Energien. Es führt nichts darum herum, dass wir mehr Wind- und Solaranlagen brauchen. Vor allem brauchen wir große Fortschritte bei der Energieeffizienz.

Wo sehen Sie Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung?

Im Gebäudebereich und im Verkehr. Im Gebäudebereich liegt die Zukunft in der Wärmepumpe. Mit Einsatz von Strom – idealerweise aus erneuerbaren Energien – wird Wärme aus dem Untergrund zum Heizen nach oben befördert. Im Gebäudebereich wird der Stromverbrauch also steigen. Je effizienter die Anlagen sind, desto weniger muss er steigen.

In welchen Branchen kann Strom eingespart werden?

Bei stromintensiven Fertigungsprozessen wie in der Stahlproduktion. Der wichtigste Anreiz sind wahrheitsgemäße Energiepreise. Also eine CO₂-Bepreisung, die ein Preissignal an die Industrie gibt, dass sie mit Strom effizienter umgehen muss. Zudem gibt es Effizienzgewinne bei elektrischen Haushalts- und Unterhaltungsgeräten. Das haben Vorschriften wie die europäische Öko-Design-Richtlinie bewirkt. Es kommt aber darauf an, dass die Grenzwerte auch eingehalten werden. Die DUH geht in Elektromärkte und prüft, ob die Geräte mit den Effizienzlabels ausgezeichnet sind und der Stromverbrauch mit den Angaben übereinstimmt. Wir übernehmen Aufgaben, die staatliche Überwachungsorgane machen sollten.

Der Staat kontrolliert kaum die Umweltvorschriften. Warum?

In Deutschland gibt es ein sehr partnerschaftliches Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik. Die Politik traut der Wirtschaft, dass sie die Sachen selber organisiert. Manchmal schlägt dieses Vertrauen um, wie bei der Autoindustrie und vielen Herstellern elektrischer Geräte. Die schwarzen Schafe muss man wieder einfangen und da spielen wir als Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation eine wichtige Rolle.

Lassen Sie uns über die Natur sprechen. Warum interessiert sich die DUH für Landwirtschaft?

Die industrielle Landwirtschaft ist das Hauptproblem des Natur- und Artenschutzes. Der Artenschwund ist alarmierend. Immer mehr Flächen werden intensiv bewirtschaftet, die hohen Stickstoffeinträge belasten Böden, Gewässer und das Grundwasser. Die Emissionen der Klimagase Ammoniak und Methan aus der industriellen Tierhaltung stagnieren auf hohem Niveau. In Deutschland ist die Landwirtschaft deshalb der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen. Die DUH hat ihren Fokus auf Klimaschutz, auf Umwelt- und Verbraucherschutz gelegt. Und ohne nachhaltige Landwirtschaft geht es nicht. Ein konsequentes Umsteuern ist nötig.

Wo fangen Sie an?

Wir setzen uns massiv für ein neues Düngerecht ein, das sich nicht an den Interessen der Landwirtschaft sondern am Schutz des Trinkwassers orientiert. Wir wollen, dass die Massentierhaltung aufhört und setzen uns für eine umweltverträgliche Landwirtschaft ein, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen die Natur.

Das hört sich nach klassischer Lobbyarbeit in Brüssel an.

Nicht nur. Mit unserem Handeln sind wir mit der Landwirtschaft verbunden. Lebensmittelpreise sind in Deutschland auf ein Niveau gesunken, wo jeder wissen muss, dass diese Art von Preisen nur auf Kosten von Umwelt und Tierwohl möglich ist. Wir brauchen ein Umdenken. Lebensmittel müssen wieder mehr wert sein.

Was machen Sie?

Wir gehen in Schulen, um auf die Auswirkung der Ernährung und der Lebensmittelverschwendung hinzuweisen. Es ist ja auch ein moralischer Skandal, dass ein großer Teil der Weltbevölkerung nicht genug zu essen hat und gleichzeitig Lebensmittel weggeworfen werden.

Und was hat das mit Naturschutz zu tun?

Gerade Kinder und Jugendliche haben kaum direkten Kontakt mehr mit ihrer natürlichen Umwelt. An der Ernährung

erklären wir, welche Verbindung sie mit der Natur haben. Und zeigen, was schief läuft mit der Art und Weise wie wir mit der Natur umgehen.

Vegetarisch und vegan zu leben ist angesagt.

Ja, vor allem junge Leute entwickeln ein starkes Bewusstsein für ihre Ernährung. Aber auch dieser Ernährungstrend hat seine Schattenseiten. Soja aus industrieller Landwirtschaft ist nicht umweltverträglich. Soja ist wie Erdöl – daraus kann man alles herstellen. Ein Tofu-Würstchen ist kein Naturprodukt sondern das Ergebnis von Lebensmitteltechnik. Da ist die Wurst vom Bioschwein naturnäher. In unserer Kampagne gegen Palmöl im Tank arbeiten wir in eine ähnliche Richtung. Wir wollen erreichen, dass Palmöl nur noch für hochwertige Lebensmittel eingesetzt wird. Natürlich aus nachhaltiger Landwirtschaft.

» Als zivilgesellschaftliche Organisation wirken wir an der politischen Willensbildung mit. Deshalb machen wir uns auch Gedanken darüber, wie moderne Demokratie funktioniert. «

» Ich möchte
Bürgerinnen und
Bürger mündig
machen, damit sie
den Netzausbau mit-
gestalten können. «

.....
Nadine Bethge



Nadine Bethge
aus dem Projektteam
Bürgerdialog
Stromnetz moderiert
Dialogveranstaltungen
zum Netzausbau

Die mit den Bürgerinnen und Bürgern reden

Die DUH geht zu den Menschen im Land, spricht mit ihnen über Erdkabel und elektromagnetische Felder, erklärt Hochspannungs-Gleichstrom und die Planungsschritte für den Netzausbau. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger bei den großen Veränderungen beteiligt werden, machen sie mit. Und dann gelingt die Generationenaufgabe Energiewende

Wo der Strommast mal steht, weiß Nadine Bethge nicht. Sie zieht mit ihrem Team die Strippen der Kommunikation lange bevor Masten, Leitungen und Umspannwerke in einer Region gebaut werden. Mal an Infotischen in einer Turnhalle, mal in der Fußgängerzone vermittelt Bethge den Menschen, wo und warum in ihrer Gegend Hochspannungsnetze gebaut oder erneuert werden. „Wir erklären die Energiewende und den dazugehörigen Netzausbau“,

sagt Bethge, die im DUH-Projektteam Bürgerdialog Stromnetz für die Dialogveranstaltungen zwischen Nordsee und Bayerischer Wald zuständig ist.

Sie und die Teams in den Regionen des Netzausbaus informieren die Bürgerinnen und Bürger über den langjährigen Planungsprozess. Vom Szenariorahmen über den Netzentwicklungsplan, den Bundesbedarfsplan, die Bundesfachplanung bis schließlich zur Planfeststellung vergehen Jahre und in jedem

Planungsschritt können sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Sie sollen und sie können mitreden, die zuständige Bundesnetzagentur fordert „die Öffentlichkeit auf, Einwendungen zu erheben“, sagt ein Sprecher zu Beginn des Untersuchungsrahmens.

Wie das geht, erklären die Mitarbeitenden des Bürgerdialog Stromnetz in der Region. Und zwar so früh wie möglich. Die Gestaltungsmöglichkeiten nehmen im Lauf des Planungsprozesses ab. Komplex und kompliziert sind sie auch, weshalb Nadine Bethge und ihre Kollegen die Bürgerinnen und Bürgern mit Initiativen und Verbänden ins Gespräch bringen, sie mit den Verantwortlichen in Politik, den Genehmigungsbehörden und bei den Stromnetzbetreibern verbindet. So haben die Menschen die Möglichkeit, den Planungsprozess mit zu gestalten. „Podiumsveranstaltungen wollen die Leute nicht mehr“, hat Nadine Bethge festgestellt. Das bundesweit aktive Team vom Bürgerdialog Stromnetz fährt deshalb auch mit dem Dialogmobil auf den Marktplatz und spricht von Angesicht zu Angesicht mit den Menschen. Zu Diskussionsveranstaltungen bringt Bethge auch mal eine Medizinerin und Fachfrau für elektromagnetische Felder, einen bodenkundlichen Experten oder einen Juristen aus der Bundesnetzagentur mit. „Es ist eine Gratwanderung, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und die Experten aus den Bürgerinitiativen auch mit einzubinden“, sagt Bethge.

.....
Die DUH hat ein Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung, demokratische Teilhabe und die Kommunikation der Energiewende aufgebaut.
.....

Die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) auf den zukünftigen Trassen wie SuedLink oder SüdostLink gehören zu dem Generationenprojekt Energiewende. Die bislang vorgesehenen Stromtrassen verlaufen von den Standorten der Windenergieanlagen in Norddeutschland zu den industriellen Ballungszentren im Westen und Süden. Entlang der geplanten Trassen hat die DUH mit den Projektpartnern IKU – Die Dialoggestalter und Zum Goldenen Hirschen in zehn Orten Informationsbüros für den Bürgerdialog Stromnetz aufgebaut. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie koordiniert die DUH die Veranstaltungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort durchführen.

In jeder Region Deutschlands haben die Menschen andere Fragen, Ängste, Wünsche. „Jede Stadthalle ist eine Herausforderung“, sagt Bethge. Die Obstbauern im Alten Land bei Stade fürchten,

dass sie über einem Erdkabel keine Bäume pflanzen können. In Osthessen hingegen freuen sich die Landkreise über den gesetzlichen Vorrang von Erdkabeln. In Thüringen sorgen sich viele junge Familien vor elektrischen und magnetischen Feldern der Stromleitungen. Rund um Hannover fürchten die Unternehmen, dass der Stromnetzausbau nicht schnell genug vorangeht. Sie brauchen zuverlässig Strom. In der Oberpfalz lehnen etliche Bürgerinitiativen den Stromnetzausbau ganz ab. Sie glauben nicht, dass die Stromtrassen notwendig sind und wollen mit bayerischen Naturschutzorganisationen die heimische Landschaft erhalten.

Die Menschen wollen mitreden bei großen Bauten und Veränderungen

„Die Energiewende und der damit verbundene Netzausbau greifen stark in das Lebensumfeld der Menschen ein – das müssen wir erklären und die Fragen der Menschen ernst nehmen“, sagt Dr. Peter Ahmels, der den Bereich Energie und Klimaschutz der DUH und das Projekt Bürgerdialog Stromnetz leitet. Ahmels und Bethge haben schon 2013 den Menschen in Schleswig-Holstein die Westküstenleitung verständlich gemacht, zwei Jahre danach die informellen Konsultationsverfahren zur Ostküstenleitung durchgeführt. Damals betraten sie Neuland in den Turnhallen zwischen Heide, Husum und Niebüll, in denen die Menschen über Windstromparks auf See und Strommasten an Land redeten. Bei anderen umwälzenden Infrastrukturprojekten in den Jahrzehnten zuvor hatten die Regierungen in Bund und Ländern noch nie mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen. Früher erschien das normal: der Staat entscheidet wohin ein Kraftwerk kommt, die Bürger gucken zu. Oder sie gehen auf die Barrikaden, wie bei den AKW-Bauten der 1970iger Jahre.

Die Demokratie hat sich entwickelt. Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe, die nur gelingt, wenn möglichst viele mitmachen. Die DUH hat mit Ahmels und seinem Team ein Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung, demokratische Teilhabe und die Kommunikation komplexer Sachverhalte aufgebaut. Mit anderen Worten: Ahmels und seine Mitarbeitenden können alle Facetten der Energiewende erklären. „Die Energiewende gelingt nur, wenn wir die politischen Entscheidungen aus Bund und Ländern transparent und nachvollziehbar den Menschen vor Ort vermitteln“, sagt Ahmels. In den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern hat er gelernt: Konflikte lösen sich leichter, wenn die Menschen einbezogen werden.



» Die Energiewende und der damit verbundene Netzausbau greifen stark in das Lebensumfeld der Menschen ein – das müssen wir erklären und die Fragen der Menschen ernst nehmen. «
.....

Dr. Peter Ahmels leitet den DUH-Bereich Energie und Klimaschutz



»Die Erfolge der Umweltbewegung motivieren mich«

Der Dieselskandal hat das Bewusstsein der Menschen für die Auswirkungen von Autos auf Gesundheit und Umwelt gestärkt, beobachtet Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH. Sie freut sich, dass mehr Leute das Auto stehen lassen, wundert sich, dass Politiker weiterhin der Autoindustrie den Rücken stärken. Und sagt: „Die Einflussnahme der Industrie auf die Politik untergräbt auch in Deutschland das demokratische System.“

Frau Metz, Sie sind seit Anfang 2017 das jüngste Mitglied in der Geschäftsführung und bilden die nächste Generation an der Spitze der DUH ab. Wie wichtig ist das Auto in Ihrer Generation?

Barbara Metz: Ich lebe in Berlin in einem Umfeld, das vermutlich nicht repräsentativ ist. Ich kenne niemanden, der mit dem SUV vor der Kita steht, um die Kinder abzuholen. Alle kommen mit dem Fahrrad, weil ihnen klar ist, dass Autos eine hohe Auswirkung auf die Luftverschmutzung haben.

Hat der Dieselskandal das Bewusstsein für die Umweltauswirkungen geschärft?

Ich denke bei einigen Leuten schon. Sie lassen das Auto bewusst stehen oder haben gar nicht erst eines. Die gesundheitlichen Aspekte des Skandals sind ein Argument für diese Verhaltensänderung. Bei den anderen müssen wir weiterhin Überzeugungsarbeit leisten und deutlich machen, nicht mehr ich als Bürger, der die Volksvertreter gewählt hat und mein Grundrecht auf Gesundheit stehen im Fokus, sondern die Interessen einzelner Großaktionäre. Die Einflussnahme der Industrie auf die Politik untergräbt inzwischen auch in Deutschland das demokratische System.

Solche Machenschaften kennt man sonst aus Politthrillern wie House of Cards.

Die DUH weist seit Jahren auf diese Missstände hin. Seit dem Dieselskandal nimmt das auch die breite Öffentlichkeit wahr. Neben den Gesundheitsaspekten ist dieser Betrug am Verbraucher der Grund dafür, dass das Thema solange so intensiv diskutiert wird.

Sie haben den Dienstwagencheck zum elften Mal veröffentlicht. Werden die Verstrickungen von Politik und Autoindustrie da offensichtlich?

Dass deutsche Politiker deutsche Fahrzeuge fahren, kritisieren wir nicht. Wir sehen auch, dass es bei den meisten Politikern einen Trend zu sparsameren Fahrzeugen gibt. Trotzdem sind noch viele Dieselfahrzeuge im Dienst. Nach zwei Jahren Dieseltgate stärken Politiker dem Diesel und der deutschen Automobilindustrie weiterhin den Rücken.

Wäre es an den Politikern mit gutem Beispiel voranzugehen und umweltgerechte, sparsame Fahrzeuge zu fahren?

Es ist eine ganz grundsätzliche Aufgabe von Politikern mit gutem Beispiel voran zu gehen. Sie werden gewählt, um die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten und natürlich müssen sie eine Vorbildfunktion einnehmen.

Der Bayerische Ministerpräsident fährt deswegen ein Auto aus Bayern.

Das soll er auch. Aber wenn er verstanden hätte, worum es wirklich geht, würde er seine Industrie schützen indem er sagt: Ich fahre ein deutsches Auto, das besonders sauber und effizient und deswegen zukunftsweisend ist. Die deutsche Politik betreibt einen industriepolitischen Protektionismus einer Branche, die so nicht zukunftsfähig ist. Damit werden sie langfristig die Arbeitsplätze nicht halten. Ich habe mit VW-Mitarbeitern gesprochen, die völlig entsetzt waren über Dieseltgate und die sagten, dass man es technisch auch ganz anders machen könnte.

Umweltpolitik erfordert viel Geduld mit Industrie und Politik. Woher nehmen Sie Ihre Ausdauer?

Wenn ich zurückblicke, sehe ich, dass es Erfolge der Umweltbewegung gibt. Es gibt die Energiewende, den Atomausstieg. Grundsätzlich richte ich mein Augenmerk auf die Sachen, die funktionieren. Die DUH arbeitet seit über 20 Jahren zum Thema saubere Luft und jetzt weiß fast jeder, worum es bei der Luftreinhaltung geht. Das ist ein Erfolg. Und das ist hochmotivierend. Wenn die Politik in eine andere Richtung geht – da kann ich erst recht nicht aufhören.

Wie sind Sie zum Umweltschutz gekommen?

Mein Vater ist Umweltpolitiker und Förster, deswegen wurde bei uns zuhause die Verbundenheit mit der Natur stark vermittelt. Mein Vater hat Politik gemacht und meine Mutter hat das im Alltag umgesetzt. Sich selbst also immer hinterfragen: Was esse ich? Muss ich das Auto immer benutzen? Beide Eltern waren daran beteiligt, dass ich das Gefühl habe, daran weiter zu arbeiten, lohnt sich.

Wo sehen Sie die größten Aufgaben im Klima- und Umweltschutz in Deutschland?

Die Umweltgesetzgebung wird sehr oft nicht vollzogen. Da müssen auf staatlicher Seite Kapazitäten aufgebaut werden, die dafür sorgen, dass die Umweltgesetze eingehalten werden. Nur wenn der Staat sanktioniert, werden die Gesetze auch umgesetzt.

Schafft Deutschland deswegen das Klimaschutzziel bis 2020 nicht?

Es ist immer schön, Ziele zu stecken, aber wenn sich niemand mit den Schritten dorthin beschäftigt, werden sie nicht erreicht. Manchmal sind die Schritte unangenehm, sie sind mit Veränderungen verbunden. Wir brauchen deswegen ein verbindliches Klimaschutzgesetz, das Zwischenziele festschreibt, zum Beispiel in der Energieeffizienz.

Dann werden wir konkret. Sie engagieren sich für die energetische Sanierung von Häusern.

Der Gebäudebestand ist für rund 35 Prozent der Endenergie und rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deutschland braucht eine Sanierungsrate von mindestens zwei Prozent pro Jahr, aktuell sind es 0,8 Prozent. Im Sinne des Klimaschutzes ist das verheerend. Die Bundesregierung setzt ausschließlich auf freiwillige Maßnahmen und das funktioniert nicht.

Im Frühjahr 2017 ist das Gebäudeenergiegesetz gescheitert, wofür die DUH sich sehr eingesetzt hatte.

Das war ein Rückschlag. Aber die Gesetzesvorlage war aus unserer Sicht eh nicht ausreichend, da sie sich nur auf öffentliche Gebäude bezog. Jetzt muss man es als Chance betrachten. Das Gebäudeenergiegesetz wird in der neuen Legislatur wieder auf der Agenda stehen und wir setzen alles daran, dass auch der energetische Mindeststandard für private Neubauten mit hineinkommt.

Effizienz hat auch eine soziale Komponente. Wer weniger verheizt, braucht weniger Geld.

Ja, es ist deswegen sehr destruktiv, ein Gegeneinander von Sozialem und Klimaschutz aufzubauen. Sozialverträgliche energetische Sanierung ist möglich und absolut notwendig, wenn wir einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 haben wollen. Nicht die energetischen Anforderungen treiben die Mieten in die Höhe und lassen die Baukosten im Neubaubereich durch die Decke gehen. Im Gegenteil sorgt die energetische Sanierung dafür, dass die Nebenkosten sinken und Eigentümer und Mieter entlastet werden.

Wie wollen Sie verhindern, dass Kaltmieten nach einer energetischen Sanierung erheblich steigen?

Da müssen politische Weichen gestellt werden. So muss die Modernisierungumlage von elf auf sechs Prozent abgesenkt werden. Gleichzeitig sollte die Förderung angepasst werden und direkt dem Eigentümer bzw. Vermieter zugutekommen, der die Investitionen der Sanierung trägt. So können Eigentümer auch ohne hohe Modernisierungumlage angereizt werden, ihr Eigentum werterhaltend zu sanieren und der Mieter wird durch geringe Mieterhöhungen entlastet.

Sollten auch Einfamilienhäuser gefördert werden?

Ja, jedes Gebäude muss bis 2050 dem Passivhausstandard entsprechen, wenn Deutschland das Ziel eines treibhausgasneutralen Gebäudebestands ernst nimmt. Da spielt

nicht nur die Dämmung eine Rolle sondern auch Heizung, Dach, Fenster und Lüftung gehören dazu.

Für die Dämmung werden aus Erdöl und mit viel Energie Styroporplatten hergestellt, die ans Haus gepappt werden. Das leuchtet nicht ein.

Wir brauchen auch weiterhin Dämmstoffe aus der konventionellen Herstellung. Uns ist aber wichtig, dass auch die Produkte aus den nachwachsenden Rohstoffen einen signifikanten Marktanteil haben. Dämmstoffe wie Hanf oder Holz sind gute Alternativen. Dafür müssen aber politische Weichen gestellt werden.

Was bedeutet das?

Die Energieeinsparverordnung berücksichtigt nicht die positiven Eigenschaften der Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen. So gilt als Maßstab der sogenannte U-Wert, der die Durchgängigkeit von Wärme definiert. Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen schneiden sehr gut ab, aber Styropor eben noch besser. Die Energie für Herstellung, die Wohngesundheit oder Recyclingfähigkeit werden in der Verordnung nicht berücksichtigt. Somit sind nach den jetzigen Vorschriften Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen nicht wettbewerbsfähig. Das macht weder ökonomisch noch ökologisch einen Sinn.

» Natürlich ist es teuer, ein Haus zu sanieren, aber die Energieeffizienz ist nicht der Grund weshalb die Mieten in den Städten steigen. Es ist sehr destruktiv, ein Gegeneinander von Sozialem und Klimaschutz aufzubauen. «



Ohne Kontrollen geht nichts voran

In der ökologischen Marktüberwachung übernimmt die DUH Aufgaben, die Behörden machen sollten. In Baumärkten, Küchenstudios und auf der IAA kontrollieren wir, ob Unternehmen die Verbraucher mit den gesetzlich vorgeschriebenen Labels über die Energieeffizienz informieren. Zu oft machen sie es leider nicht. Mit Briefwechseln und Klagen verbringen wir viel Zeit, um bereits bestehende Umweltvorschriften durchzusetzen. Lieber würden wir sie nutzen, um den Umwelt- und Klimaschutz weiterzuentwickeln



» Da alle Unternehmen die Gesetzeslage kennen, nehmen sie den Rechtsbruch wesentlich in Kauf. Und schädigen Umwelt, Klima und Verbraucher. Das nehmen wir nicht hin. «

.....
Agnes Sauter, Leiterin des
Bereichs Marktüberwachung
und Verbraucherschutz

Gesetze sollen Klima, Natur und Mensch vor den Auswirkungen der Industriegesellschaft schützen. Unabdingbar, wie wir finden, auch wenn manche der Vorschriften noch besser werden könnten. Skandalös finden wir, dass Bund und Länder die Durchsetzung der Gesetze nicht kontrollieren. Hersteller von Motorsägen halten die Grenzwerte für Schadstoffemissionen nicht ein – und keine Behörde kümmert sich darum. Küchenstudios stellen Kühlschränke ohne Effizienzkennzeichnung aus – obwohl sie seit mehr als 15 Jahren dazu verpflichtet sind. Immobilienmakler bieten Wohnungen und Häuser ohne Energieausweis an – keine Gemeinde schreitet ein.

Die DUH fragt Jahr für Jahr bei den Ländern nach, wie sie die Einhaltung der Gesetze für die Energieverbrauchs- und Effizienzangaben überwachen. Die Antworten stimmen traurig, denn sie offenba-

ren: Der Staat lässt Wirtschaftsunternehmen fast gänzlich unbehelligt gegen Energieverbrauchs- und Effizienzangaben von Haushaltsgeräten, Pkw und Reifen verstoßen. Bei unseren Recherchen 2017 haben wir nur in Brandenburg Behörden gefunden, die den Markt umfangreich überwachen und die Verstöße konsequent ahnden. In zwölf Bundesländern kümmern sich Behörden immerhin um die Marktüberwachung. Sie gehen aber nicht ausreichend gegen die Gesetzesverstöße von Handel, Unternehmen und Dienstleistern vor. Überhaupt nichts für die Durchsetzung der Gesetze zur Energieverbrauchs- und Effizienzangabe machen die drei Bundesländer Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Keine staatliche Stelle testet Produkte, niemand unternimmt etwas gegen die Missachtung von Umwelt- und Verbraucherschutzgesetzen.

Die EU hat die Verordnungen zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs und der Effizienz von Waschmaschinen, Herden, Glühlampen, Autos und anderen Konsumgütern aus gutem Grund erlassen: Die Energieeffizienz ist eine Säule der Klimaschutzstrategie der EU. Unternehmen müssen daher Verbraucherinnen und Verbraucher übersichtlich über den Energieverbrauch der Geräte informieren. Auf einen Blick sollen die Menschen erkennen, wieviel Strom, Sprit, Energie ein Gerät verbraucht.

.....
Die DUH ist vom Bundesamt für Justiz als „qualifizierte Einrichtung“ autorisiert, gegen Wettbewerbsverstöße von Industrie, Handel und Dienstleistern zu klagen.
.....

Daran halten sich jedoch längst nicht alle Unternehmen. Bei Testbesuchen in Baumärkten oder Küchenstudios untersuchen wir, ob an Kühlschränken, Fernsehern, Klimaanlage und anderen Haushalts- und Elektrogeräten die gesetzlich vorgeschriebenen Kennzeichnungen deutlich sichtbar hängen. Wenn nicht, weisen wir die Unternehmen darauf hin. Dann passiert meistens lange nichts, Briefe gehen hin und her. Wir überprüfen, messen nach, checken Daten und notfalls klagen wir das Recht von Verbrauchern ein. „Wir beschränken uns auf Verbraucherschutzverstöße mit Umweltbezug“, sagt Agnes Sauter, Leiterin des Bereichs der Ökologischen Marktüberwachung. Neben den Energieverbrauchs- und Effizienzangaben bei Elektrogroßgeräten, Pkw und Immobilien, untersucht die DUH auch den Schadstoffausstoß von Autos oder kontrolliert Chemikalien in Getränken und Mehrweg-Kennzeichnungen.

Die Deutsche Umwelthilfe ist ein eingetragener Umwelt- und Verbraucherschutzverein und diese Aufgabe nimmt die DUH sehr ernst. Zudem ist die DUH vom Bundesamt für Justiz als „qualifizierte Einrichtung“ autorisiert, gegen Wettbewerbsverstöße von Industrie, Handel und Dienstleistern zu klagen.

In der ökologischen Marktüberwachung übernimmt die DUH Aufgaben, die Behörden machen sollten. Mit den Testbesuchen, Stichproben, Briefwechseln und Klagen verbringen wir viel Zeit mit der Kontrolle der bereits bestehenden Umweltvorschriften. Lieber würden wir kreativ die nächsten Schritte im Umwelt- und Klimaschutz weiterentwickeln. „Solange die Behörden aus einer falsch verstandenen Rücksichtnahme auf die Profitinteressen der Unternehmen deren Rechtsverstöße tolerieren, wird die DUH stichprobenhaft kontrollieren, Verstöße im Einzelfall veröffentlichen sowie verbraucher-

rechtlich abmahnen und im Wiederholungsfalle die Zahlung eines Ordnungsgeldes an die Staatskasse oder einer Vertragsstrafe an die DUH durchsetzen“, sagt Agnes Sauter.

Bei einigen Unternehmen haben wir das Gefühl, sie legen es darauf an. Zum Beispiel die Automobilkonzerne. Auf der Internationalen Automobilmesse IAA 2017 in Frankfurt/Main haben Testbesucher der DUH die Energieeffizienzlabels der ausgestellten Autos gesucht. Und zu oft nicht gefunden. McLaren präsentierte seinen 570 S Spider im Glaskasten, hielt den Besuchern aber die Info vor, wieviel Sprit der Wagen mit den 570 PS verbraucht. Auch Ferrari gab entweder gar keine Daten über Spritverbrauch und CO₂-Emission raus oder versteckte die gesetzlich vorgeschriebene Energieverbrauchsangabe auf Fußhöhe. Landgerichte haben schon 2015 entschieden, dass das nicht ausreicht, um der Informationspflicht nachzukommen. Jaguar verbannte die Effizienzkennzeichnung in die hintere Ecke des Podests, auf Kniehöhe. Die Kennzeichnungsverordnung gilt auch für Elektroautos. Das scherte die Daimler AG nicht. Die e-smart Modelle präsentierte Daimler ohne Angaben zu den jährlichen Kosten.

Da alle Unternehmen die Gesetzeslage kennen, nehmen sie also den Rechtsbruch wissentlich in Kauf. Und schädigen Umwelt, Klima und Verbraucher. Das nehmen wir nicht hin. Die Rechte der Mieter und Immobilienkäufer hat der Bundesgerichtshof nach einer Klage der DUH gestärkt. In drei Gerichtsverfahren hat der BGH klargestellt, dass Immobilienmakler die Angaben zur energetischen Qualität einer Immobilie herausgeben müssen (AZ. I ZR 4/17, I ZR 229/16, I ZR 232/16). Mit anderen Worten: Immobilienmakler müssen potentielle Mieter oder Käufer über den energetischen Zustand eines Hauses informieren.

In kommerziellen Anzeigen müssen laut Energieeinsparverordnung die Daten aus dem Energieausweis angegeben werden. Käufer oder Mieter einer Immobilie sollen mit dem Energieausweis eine fundierte Entscheidung treffen. Vor Abschluss des Miet- oder Kaufvertrags sollen sie wissen, mit welchem Energieverbrauch sie rechnen und auf welche Heizkosten sie sich einstellen müssen. Mit diesem marktwirtschaftlichen Anreiz will der Gesetzgeber die Hausbesitzer dazu bringen, ihr Haus energetisch zu sanieren. Der Gebäudesektor ist für 35 Prozent des Energieverbrauchs und die entsprechenden Auswirkungen auf das Klima verantwortlich. Der Energieausweis soll die Nachfrage nach energiesparsamen Häusern und Wohnungen steigern. Nach dem BGH-Urteil sind wir nun zuversichtlich, dass diese umweltschutzrelevanten Informationen auch bei den Verbrauchern ankommen. Und eines ist gewiss: Wir schauen noch mal nach.

» Solange die Behörden aus einer falsch verstandenen Rücksichtnahme auf die Profitinteressen der Unternehmen deren Rechtsverstöße tolerieren, wird die DUH kontrollieren, Verstöße veröffentlichen sowie verbraucherrechtlich abmahnen und im Wiederholungsfalle die Zahlung eines Ordnungsgeldes an die Staatskasse oder einer Vertragsstrafe an die DUH durchsetzen. «

.....
Agnes Sauter



» Mit unserer Teilnahme an den Konsultationen der Managementplanung für das Natura 2000 Gebiet in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir sicherstellen, dass Maßnahmen zur Sicherung oder Wiederherstellung eines naturnahen Zustandes der Lebensräume heimischer Arten gefunden und festgelegt werden. «

Ulrich Stöcker,
Leiter Naturschutz



Für ein verträgliches Miteinander von Mensch und Natur

Die Naturschutzexperten der DUH gehen auch ungewöhnliche Kooperationen ein und denken Naturschutz neu: Sie fördern das ökologische Management von Stromtrassen ebenso wie alternative Fischereimethoden im Oder-Delta, um Kegelrobben anzulocken

Der Mensch beansprucht im Industrieland Deutschland nahezu jedes Stück Erde. Kaum ein Flecken Land oder Wasser, den Menschen nicht wirtschaftlich nutzen. An einigen Stellen ist die wirtschaftliche Nutzung mit Industriebetrieben, Gewerbeparks, Autobahnen sehr offensichtlich. Andernorts scheint noch grün hindurch, doch die Natur ist verschwunden. Äcker, Monokulturen, Massentierhaltung, Strommasten, Windräder nehmen den Lebensraum von Tieren und Pflanzen ein. Ein kurzer Aufschrei ging durch Deutschland als Wissenschaftler im Spätsommer 2017 das Ergebnis von 30 Jahren Insektenforschung veröffentlichten: Um 80 Prozent war die Menge der von ihnen untersuchten Insekten geschrumpft – in Schutzgebieten. 80 Prozent weniger Schmetterlinge, Libellen, Käfer, Bienen, Hummeln. Ob auf dem Land oder im Wasser – den meisten wildlebenden Tier- und Pflanzenarten in Deutschland geht es schlecht.

Die DUH arbeitet an Lösungen für ein verträgliches Miteinander von Mensch und Natur. Die Naturschutzexperten der DUH gehen dabei auch ungewöhnliche Kooperationen ein. Sie überzeugen in zahlreichen Gesprächen, klären Wald- und Landbesitzer, Fischer und Unternehmer über naturverträgliche Wirtschaftsweisen auf und stoßen neue Nutzungsformen an. Denn Nahrung und Lebensraum für bedrohte Arten zu schaffen, kann gelingen, wenn der Mensch sein Verhalten ändert. So überzeugen DUH-Naturschützer in der Region um Anklam in Mecklenburg-Vorpommern Landeigentümer, ihre Wiesen später zu mähen, damit der seltene Schreiadler dort Frösche findet.

In den Landschaften rund um das Stettiner Haff reden Katrin Schikorr von der DUH und ihr polnischer Kollege Artur Furdyna mit Fischern auf beiden Seiten des Oder-Deltas. Sie wollen anregen, ihre Fangmethoden zu verändern und damit das Leben von Seevögeln zu retten. In den Stellnetzen der

Fischer auf deutscher und auf polnischer Seite verenden Eisenten, Säger, Möwen und andere Seevögel, ebenso Fischotter und in der Pommerschen Bucht sogar Schweinswale. Die Tiere können die feinen Garne der Netze nicht sehen, verfangen sich und ertrinken elendig. Furdyna und Schikorr besprechen zusammen mit den Fischern den möglichen Einsatz alternativer Fangmethoden. „Alternative Fangmethoden zur Reduzierung von Beifang werden in den verschiedenen Ostseestaaten ausprobiert. Wir stellen den Austausch praktischer Erfahrungen, die mit den verschiedenen Methoden gewonnen werden, her und binden die Fischer aktiv ein, um auf ihre speziellen Bedingungen und Bedürfnisse einzugehen“, sagt Katrin Schikorr, Projektleiterin bei der DUH.

Die Region rund um das Haff gehört zum Oder-Delta zwischen Polen und Deutschland und ist seit einigen Jahren eine Schwerpunktregion der DUH. Gemeinsam mit Partnerorganisationen entwickeln wir Konzepte für neue Wildnisgebiete. Die Natur dort bietet eine erstaunliche Anzahl an faszinierenden Tierarten, zu denen Schrei-, See- und Fischadler in der Luft, Wisente, Elche, Wölfe, Biber und Fischotter an Land, Kegelrobbe, Lachse und Störe im Wasser gehören. Wir setzen uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen all dieser Tierarten ein. Unser Schwerpunkt liegt in der Verbesserung der Laich- und Lebensbedingungen von wandernden Fischarten wie Meerforelle, Lachs und Stör sowie Neunaugen.

An geeigneten Stellen im Stettiner Haff und in den Mündungen ausgewählter Zuflüsse auf deutscher und polnischer Seite führen wir Felderhebungen als Grundlage für ein fischereiliches Zonierungskonzept durch. Die gewonnenen Daten sollen in die Managementplanung des Natura-2000-Gebiets „Peeneunterlauf, Peenestrom, Achterwasser und Kleines Haff“ eingehen und sind daher eine wichtige Grundlage für den Artenschutz im Oder-Delta. „Das Natura 2000 Gebiet ist mit 53.000 Hektar das zweitgrößte in Mecklenburg-Vorpommern. Mit unserer Teilnahme an den Konsultationen der Managementplanung wollen wir sicherstellen, dass Maßnahmen zur Sicherung oder Wiederherstellung eines naturnahen Zustandes der Lebensräume heimischer Arten gefunden und festgelegt werden“, sagt DUH-Naturschutzleiter Ulrich Stöcker.

Erst seit wenigen Jahren werden im Gebiet des Stettiner Haffs wieder einst verschwundene Arten wie die Kegelrobbe gesichtet. Durch Renaturierungen an Zuflüssen zum Stettiner Haff wollen wir die Lebensräume zum Beispiel für die Fischpopulationen verbessern und erreichen, dass die Kegelrobbe verbesserte Nahrungsbedingungen antrifft und sich in dem Gebiet wieder sicher und wohl fühlt.

Die neuen und alten Bewohner im Haffgebiet und der angrenzenden Pommerschen Bucht stellen wir den Menschen vor allem über die sozialen Medien vor. Um die Akzeptanz für die Naturschutzmaßnahmen bei den Anwohnern und Gästen zu schaffen, ist eine umfassende Information unumgänglich. In kurzen Videos erzählen wir von einer Kegelrobbe-Sichtung, von Fängen oder Sichtungen von Stören und von der natürlichen Biodiversität des Haffs. Die Anwesenheit der Kegelrobbe haben wir auch für ein Mailing genutzt, das vor dem von der polnischen Regierung geplanten Ausbau der Oder warnt. Ein polnischer Fernsehsender hat daraufhin darüber berichtet.

Artenvielfalt unter Stromleitungen

Die DUH fördert die Energiewende und setzt sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Dennoch sind uns die Bedrohungen für die Natur durch Windenergieanlagen und neue Stromtrassen bewusst. Einen Beitrag zu einem Biotopverbund können die Stromtrassen leisten, wenn sie naturverträglich gepflegt werden und nicht wie üblich kahl geschlagen. Mit einer ökologischen Trassenpflege können abwechslungsreiche Lebensräume unter den Stromleitungen geschaffen werden, die Wildkatzen, Eidechsen, Fledermäuse, Totholzkäfer und eine Menge Vogelarten nutzen.

Zwei Jahre lang haben wir mit Wissenschaftlern der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf untersucht, wie wirksam die ökologische Trassenpflege und ein biotopverbindendes Trassenmanagement sind. Auf den Stromtrassen der Deutschen Bahn und der beiden Netzbetreiber Amprion und Westnetz, die ihre Trassen seit vielen Jahren ökologisch pflegen, haben wir untersucht, wie die Trassen Lebensräume optimal vernetzen können. Ihre Erfahrungen und unsere Beobachtungen haben wir in einer praxisorientierten Arbeitshilfe zusammengefasst.



» Erst seit wenigen Jahren werden im Gebiet des Stettiner Haffs wieder einst verschwundene Arten wie die Kegelrobbe gesichtet. «

Die Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz (2. v. r.), präsentiert zusammen mit Tanja Wielgoß (Vorstandsvorsitzende der BSR, li.), Regine Günther (Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, 2. v. l.) und Tobias Weber (Vizepräsident der IHK, rechts) die gemeinsame Initiative „Better World Cup“.



Wir bei der DUH lieben Mehrweg

Mehrwegflaschen, Becher, Besteck und was es sonst noch für den mehrfachen Gebrauch gibt, schützen Umwelt und das Klima. Zwei Jahre haben wir daher für die Mehrwegquote im neuen Verpackungsgesetz gekämpft. Und in letzter Minute die Abgeordneten überzeugt. Was uns noch freut: Ikea setzt nun endlich vollständig die Rücknahmepflichten für Elektroaltgeräte des Elektrogerätegesetzes um, nachdem wir eine Klage gewonnen haben. Und: Bioplastik hält nicht immer was es verspricht



» Aus Angst etwas gegen die Industrie zu unternehmen, wollte Bundesumweltministerin Hendricks ihre Politik der Einwegindustrie und den Discountern anpassen. «

Thomas Fischer,
Leiter des Bereichs
Kreislaufwirtschaft

Umweltschützer erleben oft kriminelle Machenschaften oder um es korrekt zu sagen: illegale Praktiken von Unternehmen. Software-Manipulationen in Dieselaautos, Entlausungsmittel in Eiern, Exporte von Elektroschrott in Entwicklungsländer. Dass auch die Gestaltung der Umweltpolitik spannend wie ein Krimi sein kann, erleben die DUH-Experten für Abfall- und Wertstoffsammlung aus der Abteilung Kreislaufwirtschaft im Sommer 2017.

In letzter Minute, einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag, raffen sich die Abgeordneten des Unterausschusses auf, folgen den internationalen Zielen für den Klima- und Ressourcenschutz und hören auf ihr Umweltbewusstsein. Sie geben dem Drängen der Discounter und Einweglobby nicht nach. Stattdessen schreiben die aufrichtigen Bundestagsabgeordneten wieder eine Quote für Mehrwegflaschen in das Verpackungsgesetz, über das am folgenden Tag der Bundestag in letzter Lesung abstimmt.

Ein Sieg für den Umweltschutz in letzter Minute

Ein Sieg für den Umweltschutz. Und ein Erfolg für die Arbeit der DUH. Zwei Jahre lang hatten die DUH-Experten für Kreislaufwirtschaft für eine ökologische Ausrichtung des Gesetzes gekämpft. Es hätte der große Wurf werden können, doch aus dem angedachten Wertstoffgesetz machte die damalige große Koalition ein Verpackungsgesetz ohne große Ambitionen. „Aus Angst etwas gegen die Industrie zu unternehmen, wollte Bundesumweltministerin Hendricks ihre Politik der Einwegindustrie und den Discountern anpassen“, hat DUH-Kreislaufwirtschaftsexperte Thomas Fischer während der monatelangen Abstimmungen des Gesetzes zwischen den Ressorts festgestellt. Fischer leitet den Bereich Kreislaufwirtschaft der DUH und war als Fachmann in sehr viele Gespräche und Veranstaltungen zum Verpackungsgesetz involviert.

Mehrfach hat die DUH darauf hingewiesen, dass eine Abschaffung der Mehrwegquote fatale Auswirkungen auf Umwelt, Klima und die mehr als 150.000 Arbeitsplätze in der mittelständisch geprägten mehrwegorientierten Getränkeindustrie hat.

Noch Vergebens. Doch dann aktivierte die DUH das breite Bündnis der „Mehrweg-Allianz“ und forderte sie auf, an die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen heranzutreten. Gemeinsam hat die DUH mit Gewerkschaftern aus der Nahrungsmittelbranche, mittelständischen Brauereimanagern, Fachgroßhändlern, Einzelhändlern, Safterstellern, Brunnenbetreibern, kurzgesagt einem breiten Spektrum der Mehrwegbranche, für die Mehrwegquote gekämpft.

Mehrweg schützt die Umwelt, stärkt die regionale Wirtschaft

Sie alle, die Getränkehersteller und Händler der Mehrwegbranche, stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Sie schützen Klima und Umwelt mit den bis zu 60 Mal wieder befüllten Mehrwegflaschen und tragen entscheidend zur Wirtschaftskraft in strukturschwachen Gegenden bei. Die DUH hat deswegen schon vor mehr als zehn Jahren die „Mehrweg-Allianz“ gegründet. In den mittelständischen Unternehmen der Mehrwegwirtschaft sieht die DUH ein gutes Beispiel, wie Wirtschafts- und Umweltinteressen erfolgreich miteinander verbunden sein können.

Die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat das offenbar nicht interessiert. In den vielen Entwürfen des Verpackungsgesetzes wurde die Quote für ökologisch vorteilhafte Getränkeverpa-

ckungen ersatzlos gestrichen. Mehrweg wäre damit tot gewesen. „Ein Kniefall vor der Einweglobby“, sagt Thomas Fischer, Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft der DUH. Aluindustrie, Dosenhersteller, PET-Flaschen-Hersteller, Kunststoffindustrie und Discounter verdienen viel Geld mit Getränkedosen und Einwegplastikflaschen. Sie haben daher alles daran gesetzt, dass die Mehrwegquote im neuen Gesetz nicht mehr auftaucht.

„Mehrweg ist Klimaschutz“ ist eine der erfolgreichsten DUH-Kampagnen

Allein aus Klimaschutzgründen kann sich Deutschland eine Abschaffung der Mehrwegquote nicht leisten. Mehrwegverpackungen tragen entscheidend zum Umwelt- und Klimaschutz bei. 1,25 Millionen Tonnen CO₂ könnte Deutschland jedes Jahr einsparen, wenn alle alkoholfreien Getränke in Mehrwegflaschen statt in Einweg abgefüllt werden würden. „Mehrweg ist Klimaschutz“ heißt deshalb eine der erfolgreichsten Kampagnen der DUH. Die DUH bezieht dabei Verbraucherinnen und Verbraucher ein, denn sie entscheiden mit ihrem Verhalten am Ladenregal über den täglichen Klima- und Ressourcenschutz. Das Mehrwegsystem für Getränke sollte als Vorbild für andere Lebensmittel gelten, denn in keinem anderen Land Europas fällt so viel Verpackungsabfall an wie in Deutschland. Deutschland ist damit auch Europameister beim Verpackungsmüll, was die DUH für vollkommen inakzeptabel hält.

Die DUH hat deswegen so vehement für eine Mehrwegquote gekämpft. Mit Erfolg. Mehrwegfla-

» Umweltpolitik kann spannend wie ein Krimi sein. Zwei Jahre lang kämpfen die DUH-Experten für die Umwelt und eine Mehrwegquote im neuen Verpackungsgesetz. Einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag schreiben die Abgeordneten die Mehrwegquote hinein, die Umweltministerin Hendricks gestrichen hatte. «



schen sind das beste Beispiel für die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie, auf die sich die Umweltpolitiker der Europäischen Union geeinigt haben. Die Regelung ist ganz einfach: Verpackungen vermeiden und wenn sie notwendig sind, sollen sie möglichst wiederverwendet werden. Nur wenn sie sich nicht wieder verwenden lassen, sollen sie in abnehmender Reihenfolge recycelt, verwertet oder beseitigt werden.

Bioplastik löst keine Abfallprobleme

In mehreren rechtlichen Auseinandersetzungen hat die DUH Brauereikonzernen, Coca-Cola und dem Discounter Lidl Verbrauchertäuschung mit falschen Aussagen über die angebliche Umweltfreundlichkeit von Einwegflaschen nachgewiesen. Die DUH ist der einzige klageberechtigte Umwelt- und Verbraucherschutzverband in Deutschland und nimmt diese Verantwortung sehr ernst. Das Bundesamt für Justiz hat die DUH geprüft und als „qualifizierte Einrichtung“ eingestuft. Das berechtigt uns, die Rechte von Verbrauchern und Umwelt einzufordern und einzuklagen.

Bioplastik hält nicht immer
was es verspricht.

» Ökobilanzen belegen, dass biobasierte und biologisch abbaubare Kunststoffe in der Gesamtheit keine Umweltvorteile gegenüber vergleichbaren Produkten aus Erdöl aufweisen. Die DUH fordert Abfallvermeidung und Mehrwegsysteme, statt Greenwashing durch Biokunststoffe. «

Thomas Fischer



Rohstoff, der zum Beispiel aus landwirtschaftlichen Produkten wie Mais gewonnen wird. Die Pflanzen werden in der industriellen Landwirtschaft wie üblich mit Herbiziden, Insektiziden und anderen Giften besprüht. Der Anbau von Nutzpflanzen für Bioplastik trägt also auch zum Insektentod und Artenverlust bei. Bioplastik-Tüten sind meist Einwegprodukte, die eine ebenso kurze Nutzungsdauer wie normale Plastiktüten haben – nur 25 Minuten. Danach sind sie Müll.

Doch anders als von Herstellern und Händlern versprochen, kann es zu Problemen beim biologischen Abbau kommen. Viele biologisch abbaubare Kunststoffe zersetzen sich zwar unter labortechnischen Bedingungen, aber in der Landschaft oder den Meeren bauen sie sich ähnlich langsam ab wie konventionelles Plastik. Viele Kompostierungsanlagen entfernen Bioplastik aus dem Bioabfall, um es anschließend als Sortierrest zu verbrennen. Sie können den Biokunststoff nicht von normalem Kunststoff unterscheiden. Zudem zersetzen sich die Biokunststoffe nicht immer schnell genug, so dass noch vorhandene Bioplastik-Fetzen wie Folienreste und Schnipsel die Qualität des erzeugten Komposts herabsetzen. Zahlreiche Kommunen lehnen daher eine Entsorgung von Bioplastik über den Bioabfall ab. Ökobilanzen belegen, dass biobasierte und biologisch abbaubare Kunststoffe in der Gesamtheit keine Umweltvorteile gegenüber vergleichbaren Produkten aus Erdöl aufweisen. Die DUH fordert Abfallvermeidung und Mehrwegsysteme, statt Greenwashing durch Biokunststoffe. Verpackungsmüll wird nicht umweltverträglich, weil er aus Biokunststoff besteht.

Das Ergebnis unserer Recherche passt vielen nicht ins Marketing-Konzept. Deshalb haben Hersteller von Bioplastiktüten und die Chemieindustrie, die das Ausgangsmaterial für die Tüten produziert, die DUH ins Visier genommen. Nachdem die DUH das Greenwashing mit den Bioplastiktüten aufgedeckt hatte, wurde sie im Dezember 2012 von zwei zum Plastiktütenhersteller Victor-Group gehörenden Unternehmen mit Unterstützung des Chemiekonzerns BASF – zu Unrecht – auf Schadensersatz in Höhe von mehr als 2,7 Millionen Euro verklagt. Der Prozess zog sich insgesamt mehr als fünf Jahre hin. Die DUH hat in erster und zweiter Instanz gewonnen. Nach einer Zurückverweisung des Verfahrens durch den BGH wurde die Klage zudem im Februar 2017 vom OLG Köln erneut abgewiesen. Die Unternehmen machten trotzdem weiter und strengten ein Verfahren zur Zulassung der Revision vor dem Bundesgerichtshof (BGH) an. Dieser letzte Versuch, die DUH aus dem Weg zu räumen, scheiterte endgültig mit einer Entscheidung des BGH vom 9. Januar 2018. Die DUH lässt sich nicht von Plastikherstellern und der Chemieindustrie Mundtot machen. Wir machen weiter und setzen uns stärker als je zuvor für die Wahrung von Verbraucherrechten und den Schutz der Umwelt ein.



DUH klagt gegen Ikea: Möbelhaus setzt nun das Elektrogerätegesetz um

Die DUH überwacht inzwischen in vielen Bereich gezwungenermaßen die Umsetzung der Umwelt- und Verbrauchergesetze und übernimmt damit die Aufgabe der staatlichen Überwachungsbehörden. Eigentlich unverständlich: Der Staat erlässt Gesetze über das Recycling von Kühlschränken, die Pfandpflicht von Plastikflaschen und Getränkedosen, die umweltgerechte Entsorgung von Elektroschrott – überprüft aber nicht, ob Hersteller und Handel die Gesetze einhalten.

Die besten Umweltgesetze bringen nichts, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Und ohne Druck setzen nur sehr wenige Unternehmen die Umwelt- und Verbrauchervorschriften korrekt um. Die DUH überprüft in Baumärkten, Autohäusern, Küchenstudios, Discountern und anderen Handelshäusern, wie sie es mit Umwelt und Verbrauchern halten. Die Umweltschutzgesetze dienen auch dem Verbraucherschutz. Wir sind da sehr hartnäckig und lassen solange nicht locker, bis wir feststellen: Jetzt läuft's. Manchmal lassen sich Unternehmen lieber auf einen Rechtsstreit ein, als dass sie die bekannten Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze freiwillig umsetzen. Das Möbelhaus mit dem Elch, die Ikea Deutschland GmbH & Co. KG, ist so ein Beispiel.

Mit einem alten Wasserkocher ist ein Testbesucher der DUH zu verschiedenen Ikea-Niederlassungen gegangen. Online wollte er über die Ikea-Webseite außerdem zwei Energiesparlampen an das Möbelhaus schicken. Er wollte diese alten Elektroklein-geräte umweltgerecht zurückgeben, damit Ikea sie ordnungsgemäß entsorgt. Seit dem 24. Juli 2016 sind

Händler mit einer Verkaufsfläche für Elektrogeräte von mindestens 400 Quadratmetern verpflichtet, alte Elektroklein-geräte kostenlos zurückzunehmen und zu entsorgen. Bei diesen Händlern können Verbraucher solche gebrauchten Klein-geräte, die in keiner äußeren Abmessung größer als 25 cm sind, und bei Kauf eines neuen, auch größeren Elektrogerätes ein Altgerät der gleichen Art unentgeltlich abgeben, unabhängig davon, ob sie das Gerät dort gekauft haben oder nicht. Ikea tat jedoch so, als wenn die Möbelhauskette das alles nichts angehe. Der Testkäufer ist auf dem alten Wasserkocher und den Energiesparlampen sitzen geblieben.

„Die DUH musste Ikea gerichtlich zwingen das Elektrogerätegesetz korrekt umzusetzen“, sagt Thomas Fischer. Das Landgericht Frankfurt am Main urteilte am 28. September 2017 in der Klage der Deutschen Umwelthilfe e.V. gegen die Ikea Deutschland GmbH & Co. KG: Ikea muss alte Elektroklein-geräte unentgeltlich zurücknehmen und Verbraucher über die diesbezüglichen Rückgabemöglichkeiten aufklären (AZ 3-10 O 16/17).

„Die DUH macht Testbesuche im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes und übernimmt damit notgedrungen die Aufgabe des Staates, die Umsetzung von Umwelt- und Verbrauchergesetzen zu überwachen“, sagt Thomas Fischer. Da die Behörden die meisten Umweltgesetze in der grauen Theorie des Aktendeckels belassen, erreicht Deutschland die Sammelquote für Elektroschrott nicht. Und die für die Entnahme von FCKW aus Kühlschränken auch nicht. Thomas Fischer und sein Team kennen viele weitere Umweltquoten, die Deutschland nicht einhält. Und lassen nicht locker.

» Die DUH macht Testbesuche im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes und überwacht die Umsetzung von Gesetzen. Diese Aufgabe ist uns durch das Bundesamt für Justiz mit der Aufnahme in die Liste der klagebefugten Verbraucherschutzverbände übertragen worden. «

Thomas Fischer



Projektstart in Schenefeld
mit Bürgermeisterin
Christiane Küchenhof

Grün, smart, immer online



Die DUH unterstützt kleinere Städte und Gemeinden bei der digitalen Energiewende. Denn energieeffiziente Rechner, Monitore, Drucker und was sonst noch zum modernen Office Management gehört, sparen Geld, Strom und erhebliche Mengen CO₂ für den Klimaschutz

» Über 5.000 kleine Kommunen gibt es in Deutschland und für die wollen wir Modelle bauen, die sie einfach nachmachen können. «

.....
Steffen Holzmann, Leiter
Modellprojekt Green IT

Intelligente Verkehrskonzepte, smarte Energieversorgung, Breitbandkabel im ländlichen Raum – die Bundesregierung und die Länder haben jede Menge Ideen zum Thema intelligente Städte und digitale Zukunft. Gut so, doch in manchen Stadtverwaltungen ist die Zukunft vor bald 20 Jahren rund um die Jahrtausendwende stehen geblieben. Alte Möhren als Computer und Drucker in den Büros treiben vor allem in den Gemeindeverwaltungen der kleinen Städte den Stromverbrauch in die Höhe und heizen den Rechnerraum auf. Mit der veralteten Technik vergeuden Städte und Gemeinden jede Menge Energie und tragen mit dem erhöhten CO₂ Ausstoß unnötig zum Klimawandel bei. Anders gesagt: In den Kommunen schlummern riesige Potentiale für Energieeffizienz und Klimaschutz.

Die will die DUH heben. Wir unterstützen Kommunen in ganz Deutschland dabei, ihre Rechnerslandschaft zu analysieren und eine Strategie für eine effiziente Kommunikationstechnik aufzubauen.

2015 haben wir daher Kommunen gesucht, die eine Modellkommune für Green IT werden wollen. Gesucht haben wir Gemeinden mit bis zu 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einigen typischen Merkmalen für Kommunen dieser Größe. Typisch ist zum Beispiel, dass sie meistens keinen Spezialisten für die Informationstechnik haben und die Technik eben von einem der Mitarbeitenden in der Gemeinde mit betreut wird.

Kommunen sparen bis zu 70 Prozent Energie mit Green IT

„Über 5.000 kleine Kommunen gibt es in Deutschland und für die wollen wir Modelle bauen, die sie einfach nachmachen können“, sagt Steffen Holzmann, der das Modellprojekt Green IT zwei Jahre geleitet hat. Holzmann und sein Kollege Simon Mößinger haben insgesamt acht Modellkommunen beraten und mit ihnen Konzepte für den Umbau

zu Green IT entwickelt. Ziel war bei allen, das Gesamtsystem zu verbessern und die ständige Erneuerung der IT in Richtung Klimaschutz zu trimmen. Bis zu 70 Prozent Energie können Kommunen einsparen, wenn sie Stand-by abschaffen, die Anzahl der Geräte mindern, energiesparende Drucker und Dokumentenmanagementsysteme einsetzen und Kompaktrechner statt Desk-Top-PC hinstellen. Angenehmer Nebeneffekt ist, dass die Entrümpelung auch Platz und zusätzlichen Arbeitsplatz schafft.

» In manchen Kommunen gibt es mehr Drucker als Mitarbeiter. «

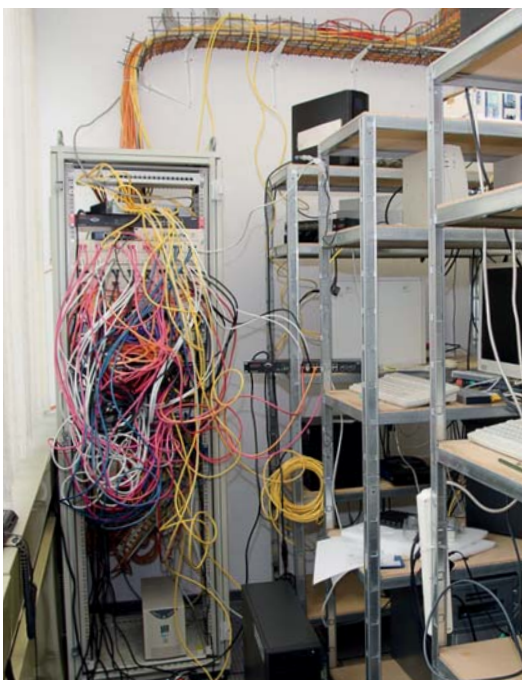
In Emmendingen haben wir mit externen IT-Beratern die Kommune beispielhaft vorangebracht. Neben energiesparenden Tintenstrahldruckern konnte durch einfache Maßnahmen zur Luftführung im Rechenzentrum der Kühlbedarf enorm gesenkt werden, was an sich schon zu einer enormen Energieeinsparung geführt hat. Zudem hat die Stadt nicht nur normale Arbeitsplätze sondern auch die besonders leistungshungrigen Workstations auf Thin Clients umgestellt. Das sind Kleinstcomputer, die am Arbeitsplatz die zentral vorgehaltene Rechenleistung der Server verfügbar machen. Dadurch konnte die Stadtverwaltung in Emmendingen bereits im ersten Jahr viel Energie einsparen. In Zahlen: 16.000 Kilowattstunden Strom weniger, was zu einer Minderung von 10 Tonnen CO₂ geführt hat.

Ein Riesenpotential zur Energieeinsparung hat Holzmänn in vielen Gemeinden in der Kühlung von Servern und Büros ausgemacht. Oft waren die Kühlanlagen falsch aufgestellt und haben die kalte Luft am heißen Server vorbeigepustet. Unwissen herrschte in vielen Gemeinden auch darüber, wie kalt ein Serverraum eigentlich sein sollte. Klimaanlage kühlen den Raum mit viel Energie auf 18 Grad Celsius, dabei ist der Betrieb bei 24 Grad vollkommen sicher. „Falsch oder zu stark gekühlte Geräte machen häufig mehr als ein Drittel der Stromkosten aus, hier lassen sich mit einfachen Maßnahmen große Wirkungen erzielen“, sagt Holzmänn.

Die DUH ist seit vielen Jahren eine zuverlässige Ansprechpartnerin für Kommunen. Wir begleiten Städte und Gemeinden in Fragen zum Klima- und Naturschutz in den Kommunen. Unsere Erfahrungen in der Effizienzsteigerung durch Green IT sind in die Förderrichtlinien der Nationalen Klima Initiative der Bundesregierung eingeflossen. Dank unseres Engagements können Kommunen sich 50 Prozent der Investitionen ab 20.000 Euro in eine effiziente und klimafreundliche Kommunikationstechnik erstatten lassen. Auf der Suche nach Stromeinsparpotentialen steigen wir auch in Zukunft weiter in die Serverräume der Verwaltungen und Rathäuser. Und erleben manche Überraschung der Erfinderkunst. In Emmendingen hatte der findige Technikbeauftragte den Kalt- und den Warmgang im Serverraum mit einem einfachen Duschvorhang voneinander getrennt. Kosten: 30 Euro. Kostenersparnis für die Kommune: 10.000 kWh Strom im Jahr.

» Falsch oder zu stark gekühlte Geräte machen häufig mehr als ein Drittel der Stromkosten aus, hier lassen sich mit einfachen Maßnahmen große Wirkungen erzielen. «

Steffen Holzmänn



Serverraum einer Modellkommune vor (links) und nach erfolgreicher Beratung (rechts).



Wir arbeiten für die Natur in der Landwirtschaft

Ohne eine Reform der Landwirtschaft wird der Klima- und Artenschutz scheitern. In unseren Multi-Stakeholder-Veranstaltungen suchen wir daher mit der Landwirtschaft und anderen Experten nach Lösungen, wie die Agrarindustrie die extrem klimaschädlichen Emissionen von Methan, Stickoxiden, Lachgas, Ammoniak in Deutschland verringern kann. Und wir arbeiten daran, dass Palmöl als hochwertiges Lebensmittel nicht im Auto verheizt wird



» Die aktuelle Landwirtschaftspolitik führt in eine Sackgasse.

Die Verbraucher sind immer weniger bereit, die negativen Einflüsse auf Natur, Umwelt und Klima durch die industrialisierte Landwirtschaft zu tolerieren. «

.....
Annette Stolle,
stv. Leiterin des Bereichs
Verkehr und Luftreinhaltung

Saubere Luft, Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt sind Kernthemen der DUH. Seit 20 Jahren kämpfen wir dafür, dass Schadstoffe in Luft, Boden und Gewässer verringert, vermieden, verboten und die Grenzwerte eingehalten werden. Die Landwirtschaft ist der zweitgrößte Produzent von Treibhausgasen in Deutschland und hat bislang nicht genug zur Erreichung der Klimaschutzziele beigetragen. In unseren Multi-Stakeholder-Veranstaltungen suchen wir daher mit der Landwirtschaft und anderen Experten nach Lösungen, wie die Agrarindustrie die extrem klimaschädlichen Emissionen von Methan, Stickoxiden und anderen Stickstoffverbindungen wie Lachgas und Ammoniak verringern kann.

Die industrielle Landwirtschaft produziert in der Massenhaltung von Schweinen, Rindern und Hühnern Millionen Tonnen an Stickstoff mit Gülle und Exkrementen. Aus Stickstoff entstehen eine ganze Reihe Umweltgifte und Klimaschadstoffe. Fünf Prozent der

Betriebe in der industriellen Landwirtschaft sind für 80 Prozent des gesundheitsschädlichen Nitrats im Grundwasser, in Seen und Flüssen verantwortlich. 94 Prozent der Ammoniakemissionen stammen aus den Ställen der Agrarwirtschaft, 81 Prozent des Lachgases und 57 Prozent der Methanemissionen. Lachgas heizt den Klimawandel 200 Mal stärker an als CO₂. Und der Stickstoff zerstört die biologische Vielfalt. Mist und Gülle landen auf Äckern, überdüngen die Böden und tragen zum Artenverlust an Land und im Wasser bei. Stickoxide und Methan wiederum begünstigen die Bildung von bodennahem Ozon, das die Atemwege und das Wachstum von Pflanzen schädigt.

Die Massentierhaltung insbesondere von Rindern ist für Millionen Tonnen Methan verantwortlich. Das Kyoto-Protokoll listet Methan als CO₂-Äquivalent und als eines der bedeutendsten Treibhausgase nach dem Kohlendioxid. Die Bundesregierung hat das Kyoto-Protokoll unterschrieben und sich verpflichtet, den

Methan-Ausstoß zu senken. Leider hat sie jedoch bisher keinen entsprechenden Methanminderungsplan für die Landwirtschaft vorgelegt. Wenn Deutschland die Klimaschutzziele erreichen will, sind Strategie und Plan unerlässlich.

In einem weiteren internationalen Abkommen hat sich Deutschland auch verpflichtet, die Menge an Stickstoffverbindungen, flüchtigen organischen Verbindungen und Schwefeldioxid zu verringern. Das novellierte Göteborg-Protokoll von 2012 listet die gleichen fünf Schadstoffe auf, deren Ausstoß auch über die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen (NEC) reguliert sind. Diese Schadstoffe schädigen in der chemischen Kettenreaktion Klima, Natur und Umwelt. Ammoniak ist zudem ein wichtiger Vorläuferstoff für sekundären Feinstaub. Beide Stoffe müssen reduziert werden und sind daher im Göteborg-Protokoll und der NEC-Richtlinie enthalten.

Die DUH setzt alles daran, dass die Bundesregierung die bereits erlassenen Gesetze für den Gewässerschutz oder die Luftreinhaltung umsetzt. Es ist uns völlig unverständlich, warum die Bundesregierung nicht dafür sorgt, die Gesetze zum Schutz von Mensch und Natur durchzusetzen. Die Europäische Union hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil die Grenzwerte für Nitrat ständig überschritten werden. Seit 2010 droht die EU fast jährlich mit einem Vertragsverletzungsverfahren wegen der zu hohen Ammoniakmengen aus der Landwirtschaft. Zwei Drittel der geschützten FFH-Gebiete sind wegen der Stickstoffeinträge aus der Luft bedroht.

Ohne eine Reform der Landwirtschaft wird der Klima- und Artenschutz scheitern. „Es ist seit Jahren bekannt, dass der Anteil der Klimagase aus der Landwirtschaft an den deutschen Treibhausgasemissionen steigt, ohne dass wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden“, sagt Annette Stolle, stellvertretende

Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung. „Die aktuelle Landwirtschaftspolitik führt in eine Sackgasse. Denn die Verbraucher sind immer weniger bereit, die negativen Einflüsse auf Natur, Umwelt und Klima durch die industrialisierte Landwirtschaft zu tolerieren.“

Der Anbau von Palmölplantagen

vernichtet den Regenwald.

Das finden wir unverantwortlich.

Der Anbau von Palmölplantagen vernichtet den Regenwald. In Indonesien, Malaysia, Sumatra und anderen südostasiatischen Ländern zerstört die Industrie die natürlichen Wälder. Der Lebensraum von Menschen und Orang-Utans wird vernichtet, damit Palmöl für Kosmetik, Schokoriegel und Biosprit E10 hergestellt werden kann.

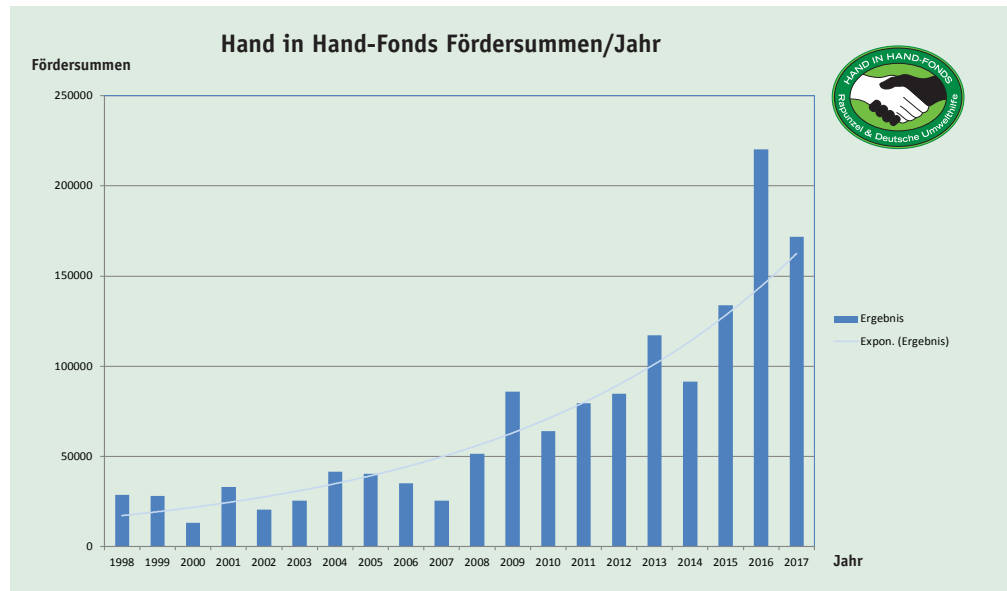
Das finden wir unverantwortlich. Wir unterstützen daher unseren langjährigen Partner Rapunzel Naturkost darin, die Palmöl-Politik zu verändern. „Der Regenwald gehört nicht in den Tank“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. „Palmöl ist zudem ein hochwertiges Lebensmittel und zum Verbrennen viel zu wertvoll.“ In einem gemeinsamen Positionspapier zu nachhaltigem Palmöl fordern DUH und Rapunzel Naturkost, dass Palmöl nicht im Energiesektor eingesetzt wird. Außerdem wenden sich beide gegen den Palmölanbau in Monokulturen und fordern die Einhaltung von Naturschutz- und Menschenrechtsgesetzen beim Anbau. Unsere Forderungen gehen weit über die Kriterien des Roundtable on Sustainable Palm Oil hinaus. Und unser Ziel ist eindeutig: Palmöl-Anbau in verantwortungsbewusster, umweltgerechter und naturnaher Landwirtschaft. Dafür schaffen wir ein Siegel.



» Der Regenwald gehört nicht in den Tank. Palmöl ist zudem ein hochwertiges Lebensmittel und zum Verbrennen viel zu wertvoll. «

Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer





Warum Bienen gegen Wüstenbildung helfen

DUH und Rapunzel Naturkost unterstützen mit dem gemeinsamen Hand in Hand-Fonds Menschen und ihre Ideen für den Schutz der Umwelt und für verbesserte Lebensverhältnisse in Afrika, Asien und Lateinamerika

■ Regen – die starken Wetterereignisse im Klimawandel treffen Menschen in den sich entwickelnden Ländern heftiger als in den Industrieländern. Sie können nicht einfach mit Geld oder Technik ausgleichen, wenn der Regen ausbleibt und in einer Trockenheit die Pflanzen und Tiere sterben, von denen die Menschen leben. Der Hand in Hand-Fonds von Deutscher Umwelthilfe und Rapunzel Naturkost unterstützt Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen.

Gemeinsam stärken wir die Resilienz, die Anpassungsfähigkeit von Bauern, Hirten, Imkern an die sich verändernden Lebensbedingungen. Und der Hand in Hand-Fonds fördert weiterhin die ökologische und soziale Verbesserung der Lebensbedingungen sowie den schonenden Umgang mit Ressourcen wie Brennholz und Wasser. Mit 160.000 Euro hat der Fonds 2017 insgesamt 35 ökosoziale Projekte unterstützt.

In Nepal hat der Hand in Hand-Fonds 2017 den Bau von rauchfreien Lehmöfen gefördert. Sie ersetzen Kochstellen mit offenem Feuer, vermindern den gesundheitsschädlichen Rauch in den Häusern und tragen zum Klimaschutz bei. Die Köchinnen brauchen für die neuen Lehmöfen nur die

Hälfte an Feuerholz, so dass auch die Wälder in der Region geschont werden.

In Ägypten unterstützen die Partner die Organisation Sekem for Land Reclamation. Die ägyptische Organisation hilft Kleinbauern dabei, Sträucher gegen die Wüstenausbreitung zu pflanzen. So schafft Sekem die Voraussetzung dafür, dass Bienen in der Gegend Nahrung finden und die Bauern dank Imkerei ein zusätzliches Einkommen erlangen. Auch dieses Projekt verdeutlicht unseren ganzheitlichen Anspruch an die von uns unterstützten Projekte: Sie sollen die Natur schützen und aufbauen und somit die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern.

Der Klimawandel trifft Menschen auch abrupt. Im Frühjahr 2017 zerstörten extreme Regenfälle und Überschwemmungen Tausende Häuser im Norden Perus. Sofort war uns klar, dass wir helfen. Mit der Nothilfe aus dem Hand in Hand-Fonds haben wir Nothütten und Trinkwasser für 200 Familien in Piura ermöglicht.

Als wir 1998 – gemeinsam mit Rapunzel Naturkost – den Hand in Hand-Fonds gegründet haben, dachten wir nicht an den Klimawandel. Damals ging es uns um eine gerechtere Welt und lebenswerte Zu-

kunft. Rapunzel spendet jedes Jahr ein Prozent des Einkaufswertes der Hand in Hand-Rohwaren in den Fonds. Der Bionier entwickelte das firmeneigene Hand in Hand-Siegel mit strengen Kriterien für Ökologie und fairen Handel zeitgleich mit der Gründung des Fonds. Mit seiner jährlichen Spende stellt das Unternehmen den Großteil der Fördersumme bereit. Die DUH bringt ihre Erfahrung aus internationalen Netzwerken und ihre Expertise im Umwelt- und Naturschutz ein und sammelt zusätzliche Spenden.



In Ägypten pflanzen Kleinbauern Sträucher als Nahrung für die Bienen und stoppen so die Wüstenausbreitung.



Der UmweltMedienpreis 2017



Kategorie Print

„Ich werde grün“ nahm sich **Miriam Opresnik** vor und wollte ein Jahr lang über ihren ökologischen Wandel in einer gleichnamigen Artikelserie im Hamburger Abendblatt berichten. Wie schwer das ist, merkt sie „schon am ersten Tag“, erzählt sie bei der Verleihung des UmweltMedienpreis 2017, den sie in der Kategorie Printmedien für eben dieses journalistische Experiment erhalten hat. Ihre Familie musste auf Pudding im Plastikbecher verzichten und im Urlaub an die Nordsee statt ans Mittelmeer fahren. Miriam Opresnik ärgert sich über unnütze Verpackungen und Pseudo-Bio-Produkte, die ihr neues Leben erschweren. Als ausgezeichnete Journalistin recherchiert sie die Hintergründe und schreibt so unterhaltsam, dass sie die Jury des DUH UmweltMedienpreises überzeugt.

Kategorie Hörfunk

Florian Schwinn war vermutlich schon immer grün. Sein enormes Hintergrundwissen über Umwelt, Natur, Landwirtschaft und die großen anderen Themen, über die er als Moderator und Redakteur der Sendung „Der Tag“ auf HR2 Kultur berichtet, bringen ihm die Anerkennung seiner Hörerschaft. Florian Schwinn erhält den UmweltMedienpreis

2017 in der Kategorie Hörfunk. Und Bücher schreibt er auch: „Tödliche Freundschaft. Was wir den Tieren schuldig sind und warum wir ohne sie nicht leben können.“

Kategorie Online

„Das Team um Carel C. Mohn überzeugt durch seine fachliche und journalistische Qualität und macht **klimafakten.de** zu einer Pflichtlektüre für alle, die heute Überzeugungsarbeit in Sachen Klimaschutz leisten“, schreibt die Jury über das Portal klimafakten.de. Das Redaktionsteam **Eva Freundorfer, Sven Egenter, Carel Carlowitz Mohn und Toralf Staud** erhält den UmweltMedienpreis 2017 in der Kategorie Online.

Kategorie Film

Der britische Altmeister des Naturfilms Sir David Attenborough hat über den Film „A Plastic Ocean“ gesagt, er sei „einer der wichtigsten Filme unserer Zeit“. Meeresforscher haben 276 Plastikteile im Körper eines 90 Tage alten Kükens gefunden und so lassen die Bilder von Seeschildkröten, Robben, Fischen und Vögeln, die im Plastik leben, niemanden kalt. „Herausragend!“ findet die Jury und verleiht den UmweltMedienpreis 2017 in der Kategorie Fernsehen an **Craig Leeson und Tanya Streeter** für

den Dokumentarfilm „A Plastic Ocean – wir brauchen eine Welle der Veränderung“

Kategorie Sonderpreis

Den Sonderpreis 2017 erhalten die Kabarettisten **Claus von Wagner, Dr. Dietrich Krauß und Max Uthoff** für die Sendung „Dieselgate“ in der ZDF-Politik-Satirereihe „Die Anstalt“. Die Jury schreibt: „Das Kabarettisten-Team von Die Anstalt hat eine sensationelle Faktensammlung zusammengetragen und das Thema politisch durchdrungen. Es bleibt kein Zweifel daran, wer die Verantwortlichen in diesem Skandal sind – und wer die Leidtragenden. Eine extrem mutige Sendung!“

Die DUH vergibt 2017 zum 22. Mal den UmweltMedienpreis und dankt den Preisträgerinnen und Preisträgern für ihren Einsatz für Natur und Umwelt. Mit dem UmweltMedienpreis würdigt die DUH die Arbeit von Journalisten, Redaktionen, Filmschaffenden, Autoren für „herausragende journalistische Leistungen, Können und Mut machendes Engagement für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“.

Wir danken der Telekom Deutschland und der Deutschen Bahn, die den UmweltMedienpreis 2017 unterstützt haben.



■ **Sascha Müller-Kraenner**
Bundesgeschäftsführer



■ **Jürgen Resch**
Bundesgeschäftsführer



■ **Barbara Metz**
Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin



■ **Dr. Peter Ahmels**
Leiter Energie und Klimaschutz



■ **Ann-Katrin Bohmüller**
*Persönliche Referentin von
Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch*



■ **Babett Böhme**
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle Berlin



■ **Melanie Fessler**
*Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Radolfzell & Personalreferentin*



■ **Thomas Fischer**
Leiter Kreislaufwirtschaft



■ **Michael Hadamczik**
*Leiter Marketing, Verwaltung
und Finanzen*



■ **Andrea Kuper**
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



■ **Ann-Kathrin Marggraf**
Pressesprecherin



■ **Robert Matthias**
Stv. Leiter Verbraucherschutz



■ **Dr. Cornelia Nicklas**
Leiterin Recht



■ **Gabriele Nitschke**
*Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Hannover*



■ **Judith Paeper**
*Persönliche Referentin von
Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner*



■ **Dorothee Saar**
Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung



■ **Agnes Sauter**
Leiterin Verbraucherschutz



■ **Gaby Schneider**
Stv. Leiterin Marketing



■ **Philipp Sommer**
Stv. Leiter Kreislaufwirtschaft



■ **Robert Spreter**
Leiter Kommunalen Umweltschutz



■ **Ulrich Stöcker**
Leiter Naturschutz



■ **Annette Stolle**
Stv. Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung



■ **Ulrike Voß**
Stv. Leiterin Energie und Klimaschutz

Gemeinnützigkeit und Unabhängigkeit bewahren

Die DUH finanziert sich aus Projektgeldern von öffentlichen Stellen wie Bundesumweltministerium und Europäische Union, durch Spenden und Förderungen von Privatmenschen, Stiftungen und Unternehmen. Den ordentlichen Umgang mit dem Geld bestätigt uns das DZI-Spendensiegel. Und weil wir hohe Maßstäbe an uns legen, veröffentlichen wir Finanzen und rechtliche Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft

■ Die Deutsche Umwelthilfe e.V. benötigt Jahr für Jahr erhebliche Finanzmittel, um ihre Aufgaben im Umwelt- und Verbraucherschutz zu erfüllen. Das Geld stammt von zahlreichen Privatpersonen, die als Förderer und Spender die DUH unterstützen, von öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen und von Unternehmen, die einzelne Projekte der DUH unterstützen. Hinzu kommen Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung, die dazu beitragen, unsere zahlreichen Aktivitäten zur Information der Verbraucher möglich zu machen. Über eine Grundfinanzierung oder Mitgliedsbeiträge verfügt die DUH nicht.

Ein ganz wesentlicher Aspekt bei der Beschaffung von Finanzmitteln ist es, die Unabhängigkeit unseres Handelns von privaten oder staatlichen Geldgebern zu sichern und damit auch die Grundlagen der Gemeinnützigkeit zu bewahren. Wir legen großen Wert darauf, einen gesunden Mix von Finanzmitteln zu erhalten. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern, von einzelnen Geldgebern abhängig zu werden. Förderungen, die mit dem Versuch staatlicher oder privater Einflussnahme einhergehen, lehnen wir ab.

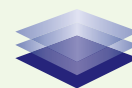
Woher kommen die Mittel?

Zu den Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als 1 Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben, zählen die Bundesregierung und nachgelagerte Behörden wie das Bundesamt für Naturschutz, die Europäische Union, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Climate Works Foundation, die European Climate Foundation, die Krombacher Brauerei, die Telekom Deutschland GmbH und die Rapunzel Naturkost GmbH (Hand in Hand-Fonds). Wir danken ihnen und allen anderen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

Transparenter, seriöser Umgang mit Spendenmitteln

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. legt als zivilgesellschaftlicher Akteur hohe Maßstäbe an Politik und Unternehmen und ebenso an ihr eigenes Handeln. Dies gilt auch im Hinblick auf die Finanzen. Deshalb lassen wir uns an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen und tragen seit einigen Jahren das DZI-Spendensiegel. Das DZI-Spendensiegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern.

2017 ist die DUH der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir verpflichten uns damit, auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereitzustellen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
**Ihre Spende
kommt an!**

Querschnittsaufgabe Verbraucherschutz

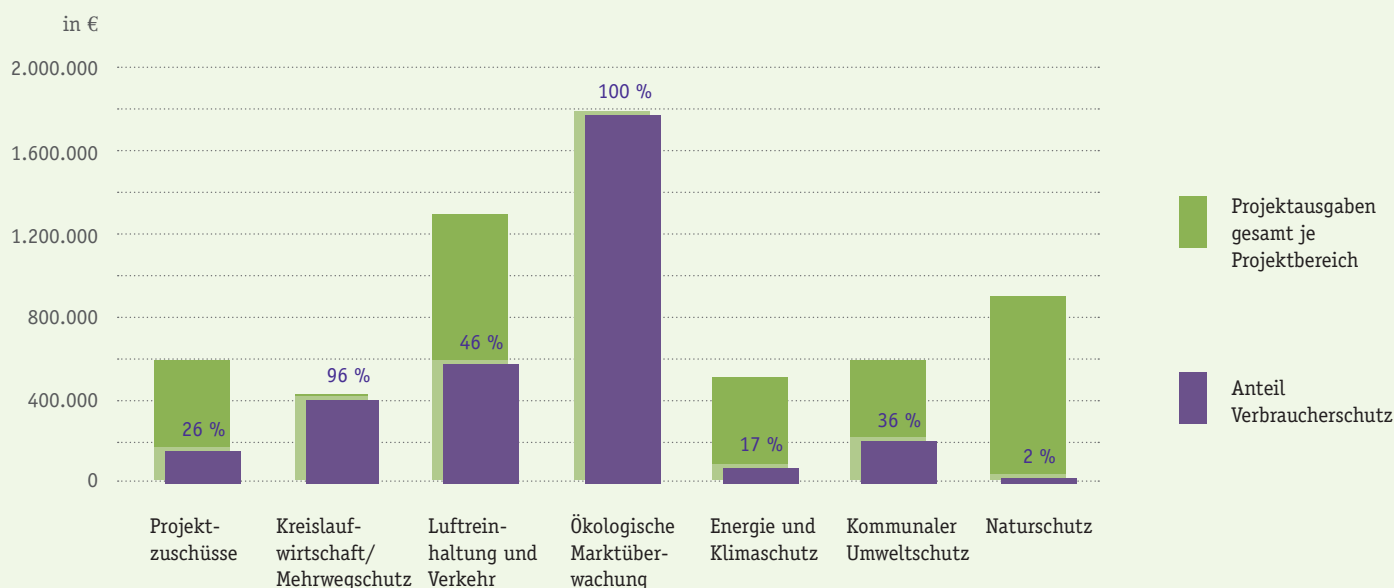
Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten.

Umwelt- und Naturschutz sowie der Schutz der Interessen der Verbraucher haben vieles gemeinsam: Was schlecht für Natur und Umwelt ist, schadet – direkt oder indirekt – auch den Menschen, häufig auch in ihrer Rolle als Verbraucher. Nur eines von vielen Beispielen ist die verschwenderische Verwendung von Verpackungsmaterialien. Verpackungsmüll

belastet die Umwelt und die Verbraucher zahlen dafür. Oder das Thema saubere Luft: Die giftigen Abgase aus den Verbrennungsmotoren schädigen Menschen und Natur gleichermaßen, denn Stickoxide und andere giftige Autoabgase verkürzen nicht nur das Leben der Menschen, sie schädigen auch empfindliche Pflanzengesellschaften. Es steckt also eine Menge Verbraucherschutz in unseren Projekten, die dem Schutz von Natur und Umwelt dienen.

Wir haben ausgewertet, wie groß in den verschiedenen Themenfeldern der Anteil von Aktivitäten ist, die dem Schutz der Verbraucher dienen. Das Ergebnis ist erstaunlich: In jedem Euro, den die Deutsche Umwelthilfe e.V. für Projekte ausgibt, stecken 50 Cent Verbraucherschutz.

Verbraucherschutzanteil in den DUH-Projekten



Das Jahr 2016 in Zahlen

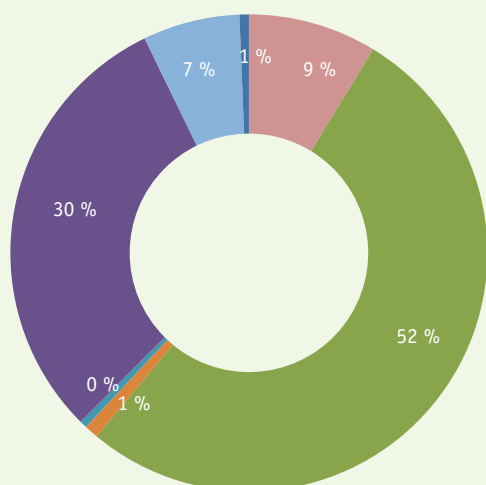
Da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Jahresberichts das Jahr 2017 noch nicht abgeschlossen war, stellen wir hier die Zahlen des Jahres 2016 dar

Einnahmen und Ausgaben

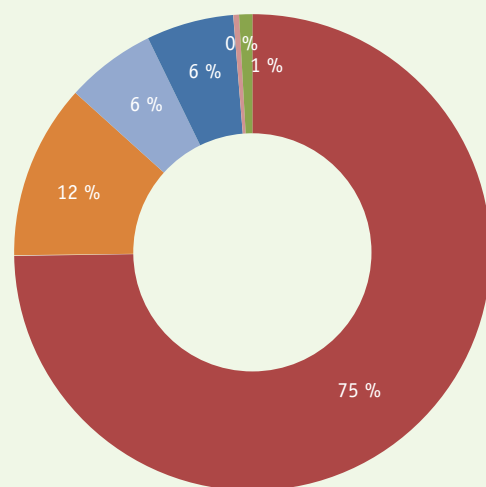
Im Jahr 2016 haben wir ein Haushaltsvolumen von etwas über 8 Millionen Euro erreicht. Den weitaus größten Anteil daran haben mit mehr als 5 Millionen Euro Projektzuschüsse, Spenden und Sponsorings.

Es folgen mit knapp 2,5 Millionen Euro die Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung. Sie stammen zum größten Teil aus der Kontrolle von Unternehmen, die gegen die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung verstoßen haben.

Einnahmen und Ausgaben 2016



Einnahmen (gerundet)	in €
allgemeine Spenden und Zuwendungen	708.158
zweckgebundene Spenden, Sponsorings und Zuschüsse	4.244.730
Zuweisungen aus Geldauflagen (Bußgelder)	76.085
Erbschaften	297
Zins- und Vermögenserträge	41.051
Erträge Ökologische Marktüberwachung	2.460.719
Sonstige Erträge (Personalkostenweiterbelastungen u. a.)	533.122
Beauftragte Projekte	51.512
Summe Erträge	8.115.674



Ausgaben (gerundet)	in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	6.067.168
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	3.811
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	963.459
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	495.739
Sonstige Aufwendungen	480.959
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	640
Abschreibungen	31.625
Jahresüberschuss	72.273
Summe Aufwendungen	8.115.674

Bei der Mittelverwendung steht an erster Stelle die Umsetzung unserer Projektarbeit. Ein Teil davon fließt in Projektzuschüsse an Partnerorganisationen und für Projektförderungen. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei 12 Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei moderaten 6 Prozent. Etwa die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Überdies ist es uns gelungen, einen kleinen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der zur Stärkung der Rücklagen verwendet wird.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 5 Millionen Euro um einiges höher als im Vorjahr. Die freien Rücklagen (Eigenkapital) bleiben mit etwa 15 Prozent des Jahresbudgets auf niedrigem Niveau.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12. 2016 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter und Standorte

Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. sind nicht nur die Mitarbeiter. Es setzt sich aus dem Vorstand, den Geschäftsführern und den Mitarbeitern zusammen. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und erhält für seine Aktivitäten eine moderate Aufwandsentschädigung.

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 31.12.2017 insgesamt 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sechs außertariflich. Ihre übrigen Mitarbeiter bezahlt die DUH nach einem hauseigenen Tarif, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (Vollzeit) der tariflichen Mitarbeiter lag bei 49.303 Euro, das Durchschnittsgehalt der außertariflichen Mitarbeiter betrug 110.334 Euro. Hinzu kommt eine betriebliche Altersvorsorge. Aus Gründen des Datenschutzes verzichtet die DUH auf die Veröffentlichung einzelner Gehälter.

39 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Radolfzell, 53 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere drei in der Geschäftsstelle Hannover. Vier Mitarbeiterinnen sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bilanz zum 31.12.2016

Aktiva	2016 in €	2015 in €	Passiva	2016 in €	2015 in €
Anlagevermögen	199.693	177.057	Eigenkapital	1.228.750	1.156.478
Umlaufvermögen	4.833.122	3.743.114	Rückstellungen	881.546	892.716
Aktive Rechnungsabgrenzung	10.999	9.013	Verbindlichkeiten	2.933.518	1.879.990
Summe	5.043.814	3.929.184		5.043.814	3.929.184



Sehr geehrte Politiker – tut was!

Für Bienen und den Schutz der Meere, gegen Palmöl im Tank und Gülle auf dem Acker setzt die DUH auf den öffentlichen Protest über social media, Webseite und die Petitionsplattform change.org

Das Gute an den sozialen Medien ist, dass sie jedem Menschen eine Stimme in der Öffentlichkeit geben. Wir nutzen die positiven Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsäußerungen. Deshalb geben wir Menschen über unsere Webseite mit unserem Namen die Gelegenheit, ihre Meinung und ihre Ideen für eine umweltgerechte Wirtschaft und Politik und für den Schutz von Natur zu artikulieren. Wir finden, dass dieser öffentliche Austausch die Demokratie stärkt. Er gibt Menschen die Gelegenheit, ihre Sorge um unsere natürlichen Grundlagen zum Ausdruck zu bringen.

Mit der bekannten Köchin Sarah Wiener haben wir eine Online-Petition für den Bienenschutz gestartet. Sarah Wiener ist eine glaubwürdige Kämpferin für Bienen und Artenschutz, da sie selbst einen ökologisch arbeitenden Hof in Brandenburg betreibt und Imkerin ist. „Erst verhungert die Biene und dann der Mensch. Gebt uns jetzt eure Stimme für den Schutz der Bienen und für eine lebenswerte Zukunft!“,

wirbt Sarah Wiener auf der DUH Webseite. Fast 100.000 Menschen haben in Mails und über die Plattform change.org den Aufruf gezeichnet. Entsetzt waren wir, als CSU-Agrarminister Christian Schmidt im Alleingang am 27. November 2017 dem Einsatz von Glyphosat für weitere fünf Jahre in der EU zustimmt. Glyphosat ist maßgeblich für das Bienensterben und den massenhaften Artentod von Insekten verantwortlich. Um gegen Schmidt zu protestieren, haben wir sofort eine Online-Petition aufgesetzt.

Auf den öffentlichen Protest setzen wir auch bei unserem Kampf gegen den Müll in den Ozeanen. Wir sind dem Schauspieler und Umweltaktivisten Hannes Jaenicke sehr dankbar, dass er seine Medienpräsenz für den Meeresschutz einsetzt. „Liebe Frau Merkel, bei allem Respekt, würden Sie irgendwann mal etwas unternehmen gegen die Plastikvermüllung!“, sagt er in einem Youtube-Video, in dem er über die Gefahren von Millionen Tonnen Plastik in den Ozeanen aufklärt und die Menschen zum

Protest aufruft. Fast 160.000 Menschen haben mitgemacht. Die Unterschriften haben wir der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Pressekonferenz übergeben. Und das natürlich auf Facebook und andere soziale Medien verbreitet.

Ja, die Aktionen sind symbolisch. Aber wir verbreiten in den Filmen und Posts sehr viele Informationen zu umwelt- und naturrelevanten Themen und klären damit auch über die Zusammenhänge unseres Lebensstils und der Umwelt auf. Die Aktionen wie „Spritlüge stoppen!“ oder „Stoppt die Gülle-Verschmutzung – Schützt unser Wasser!“ zeigen, dass die Menschen ein großes Bedürfnis haben, ihren Protest auszudrücken.

www.duh.de info@duh.de
[umwelthilfe](https://www.facebook.com/umwelthilfe) [umwelthilfe](https://www.instagram.com/umwelthilfe)



Wir danken all unseren Fördermitgliedern, Paten, Spendern und Freunden für ihre Unterstützung –

denn ohne Sie wären wir nur halb so schlagkräftig.
Bitte bleiben Sie uns treu!

Herzlichen Dank

- für Ihre **Spenden**, mit denen wir ganz gezielt aktuelle Projekte im Umwelt- und Verbraucherschutz realisieren konnten, zum Beispiel für unseren Kampf um saubere Luft, für den Fischotterschutz, für die Regenwälder und für unser Klima
- für Ihre **Patenschaften**, mit denen Sie uns ermöglichen, in wichtigen Themenfeldern besonders langfristig zu agieren – zum Beispiel die Bienenpatenschaft oder die Meerespatenschaft
- für Ihre **Anlass-Spenden**, die Sie anlässlich von Geburtstagen, Hochzeiten, Jahrestagen oder anderen Anlässen anstatt Blumen und Geschenken für uns gesammelt haben
- für **testamentarische Zuwendungen**, bei denen die Deutsche Umwelthilfe e.V. als Erbin oder Nachlassnehmerin bedacht wurde
- für Ihre **Weiterempfehlungen im Freundes- und Bekanntenkreis**, durch die noch mehr Menschen mit uns in Verbindung treten konnten
- für **Geldauflagen und Bußgelder**, die uns von Gerichten und Staatsanwaltschaften erreicht haben
- und für alle **Fördermitgliedschaften**, die die Basis unserer vielfältigen Arbeit sind und die unsere Unabhängigkeit auch in Zukunft sichern!



Impressum

- **Herausgeberin:**
Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
E-Mail: info@duh.de
Internet: www.duh.de
- **Pressestelle:** Andrea Kuper
- **Text, Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken
- **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch
- **Druck:** Druckerei Krammer,
Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

- **Bildnachweis:** Umschlag: Saubere Luft/John Smith/Fotolia; S. 2: zvonkodjuric/Fotolia; S. 3: DUH/Heidi Scherm; S. 4: ARochau/Fotolia (L.o.), Marco Hoffmann/Fotolia (L.u.), Astrid Hölzer/DUH (r.u.), DUH/Maximilian Urschl (4/5 groß); S. 5: DUH/Robert Lehmann (o), DUH (u); S. 6/7: DUH/Heidi Scherm (l), DUH/Robert Lehmann; S. 8: DUH/Robert Lehmann; S. 10: DUH/Andreas Kochlöffel (l), Astrid Hölzer/DUH (groß); S. 11: Steffen Holzmann/DUH; S. 12: Judith Paepel/DUH; 14: Christian Kruppa; S. 15: DUH/Heidi Scherm; S. 16: DUH; S. 17: DUH; S. 18: DUH/Andreas Kochlöffel (l), greentellect/Fotolia (r); S. 20: DUH/Heidi Scherm (l), philipbird123/Fotolia (r); S. 21: Laura Kühn/DUH; S. 22: DUH/Heidi Scherm (l), DUH (r); S. 23: DUH; S. 24: Philipp Sommer/DUH; S. 25: DUH; S. 26: DUH/Andreas Kochlöffel (l), Schenefeld; S. 27: Dierdorf, Emmendingen; S. 28: DUH/Heidi Scherm (l), Robert Schneider/Fotolia (r); S. 29: Montage DUH (Fotolia: gudkovandrey, kokotewan) (u), DUH/Heidi Scherm (r); S. 30: Sekem; S. 31: DUH/Robert Lehmann; S. 32: DUH/Heidi Scherm, Steffen Holzmann/DUH (o.m., 2. Reihe m., 4. Reihe l), DUH/Andreas Kochlöffel (3. Reihe l und r), Jan-Erik Nord (4. Reihe l); S. 33: DUH/Heidi Scherm (1. Reihe l, r.; 2. Reihe l.; 3. Reihe l, r.; 4. Reihe l), DUH/Andreas Kochlöffel (2. Reihe m, r.; 3. Reihe m); S. 38: DUH (L.o., L.u.), DUH/Maximilian Urschl (r), blackzheep/Fotolia mit screenshot (r.u.); S. 39: Eric Isselee (l), sumikophoto (r)/beide Fotolia
- **Redaktionsschluss:** 10.01.2018
- **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Bitte unterstützen auch Sie uns mit einer Spende oder als Fördermitglied:

www.duh.de/foerdermitglied



Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02
BIC: BFSWDE33XXX

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender
Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover, stellvertretender Vorsitzender
Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)
Michael Rothkegel, Frankfurt
Michael Schäfer, Berlin
Susanne Schubert, Troisdorf
Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch
Sascha Müller-Kraenner
Barbara Metz, Stv. Bundesgeschäftsführerin

Regionalverbände

Regionalverband Süd

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros

Projektbüro Elbe

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7
06366 Köthen
Telefon 03496 210009
Telefax 03496 210008
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

Projektbüro Erfurt

Ansprechpartnerin: Sabrina Schulz
c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Telefon 0361 30254910
E-Mail: schulz@duh.de

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Melanie Fessler
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de



www.duh.de

[@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)

[umwelthilfe](https://twitter.com/umwelthilfe)

[umwelthilfe](https://facebook.com/umwelthilfe)



Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende. www.duh.de/spenden

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX